

Sechste Sitzung – Sixième séance**Dienstag, 27. September 1983, Vormittag****Mardi 27 septembre 1983, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Eng

82.058

Zivildienst. Volksinitiative**Service civil. Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1221 hiavor – Voir page 1221 ci-devant

Zwygart: Ich möchte vorausschicken, dass ich 1500 Dienstage, also volle vier Jahre, mit Überzeugung Dienst geleistet habe. Und wenn ich nochmals jung würde, würde ich mich wieder gleich verhalten, weil mir ganz klar ist, dass uns unsere Armee in den beiden letzten Weltkriegen neben Gottes Vorsehung den Frieden erhalten hat. Es war für uns eine kostspielige Friedenssicherung, kostspielig an Zeit und Geld. Aber es wäre nicht auszudenken, wie teuer es uns zu stehen gekommen wäre, wenn wir bei ungenügender Vorbereitung ins Kriegsgeschehen miteinbezogen worden wären. Deshalb sind die Gedankengänge der Militärdienstverweigerer nicht die meinen. Diese Leute pflegen oft Überlegungen, die nicht zu Ende gedacht sind, und aus der Geschichte wollen sie nichts lernen. Mit den Drückebergern – davon gibt es auch unter ihnen – kann ich mich nicht anfreunden. Solche Feststellungen lösen kein Problem. Seit 80 Jahren schieben wir die Not um die Militärdienstverweigerer vor uns her und werden nicht fertig damit. Die Verdrängung und Verschiebung dieser Frage belastet auf die Dauer die Armee und schwächt sie mehr als die dienstunwilligen Wehrmänner. Wegen der zahlenmässig kleinen Gruppe der Verweigerer aus Gewissensgründen wird in der jungen Generation psychologisch eine Antiarmeestimmung gefördert. Gerade wer von ganzem Herzen für Landesverteidigung und eine gesunde Armee ist, muss sich daher für eine befriedigende und rasche Lösung des Zivildienstproblems entschliessen. Die Armee ist übrigens nicht ganz unschuldig an dieser verfahrenen Situation, ist es doch vorgekommen, dass dienstwillige junge Männer ihre Pflicht waffenlos tun wollten, und dann wurden sie zu den blauen Truppen eingeteilt, und bei der Einkleidung wurde ihnen am Schluss eine Waffe in die Hand gedrückt. Sie kamen sich betrogen vor und wurden Verweigerer. Ich staune immer wieder, wie phantasielos man bei unserem Militär ist. Es gibt doch so viele Dienststellen, bei denen absolut keine Waffe gebraucht wird. Solche Plätze könnte man manch einem Dienstwilligen anbieten, der seine Pflicht waffenfrei tun möchte. Seit über 80 Jahren ist es ein Anliegen verschiedener kirchlicher und auch anderer Kreise, dieses wohl älteste staatspolitische Anliegen zu einem guten Ende zu führen. Der Erfolg blieb bisher aus, weil der Bundesrat keine andere Antwort als ein konsequentes Nein gegeben hat. Vor 65 Jahren war man übrigens nahe am Ziel, als der damalige Generalstabschef Sprecher von Bernegg dem Bundesrat für Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen eine Sonderbehandlung vorschlug, was wiederum abgelehnt wurde. Ich kann den Gedanken der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht folgen. Aber Respekt habe ich trotzdem vor einer solchen Haltung. Sicher, wir dürfen unsere Armee nicht leichtfertig schwächen. Aber wo es um den Prüfstein der Toleranz und den Respekt gegenüber Andersdenkenden

und ihrer Überzeugung geht, hat dieses Argument in den Hintergrund zu treten. Übrigens müssen wir wissen, dass heute nur noch 45 Prozent der Dienstpflichtigen das Wehrkleid tragen. Bei der Aushebung, später durch die UC und Dispensationen werden ganz grosszügig mehrere hunderttausend Wehrmänner dienstfrei. Deshalb ist es mir unverständlich, dass man nun wegen des geringen Anteils der Verweigerer so tut, als sei die Armee in Gefahr. Es ist sicher eine Fehleinschätzung, wenn behauptet wird, mit der Einführung des Zivildienstes laufe die männliche Schweizer Jugend der Armee davon. Weshalb können wir uns den Mut nicht leisten, Militärdienstverweigerer nicht ins Gefängnis zu stecken und ihnen einmal die Möglichkeit zu geben, wenn sie bereit wären, einen ebenso strengen und doppelt so langen Zivildienst zu leisten und ihre Pflicht gegenüber dem Staat zu erfüllen? Noch nie standen wir einer tragfähigen Lösung der Militärdienstverweigererfrage so nahe wie heute. Wenn jetzt im Parlament kein Durchbruch erfolgt, muss das Traktandum wohl für Jahre abgeschrieben werden, und weiterhin werden achtbare junge Leute verurteilt, nicht nur zum Schaden weiterhin kriminalisierter Militärdienstverweigerer, sondern auch zum Schaden einer Demokratie, die sich so gerne ihres Minderheitenschutzes rühmt, und zum Schaden unserer Landesverteidigung, die durch dieses seit 80 Jahren ungelöste Problem immer mehr belastet wird.

Frau Eppenberger-Nesslau: Ich spreche im Kreise dieser fast 30 Votanten nur, weil ich anlässlich des mehr als merkwürdigen Kommissionsrückkommens als Stellvertreterin einsprang. Ich spreche aber auch als Mutter von Söhnen, die wie Tausende anderer junger Schweizer jedes Jahr die Rekrutenschule mit mehr oder weniger Begeisterung absolviert haben. Ich bin der Ansicht, dass neben dem Verfassungsauftrag, der Sicherung gegen aussen, auch der Auftrag zur Wahrung von Ruhe und Ordnung im Innern unseres Landes von grösster Bedeutung ist. Ruhe und Ordnung unterziehen sich aber leider nur vernünftige, reife Menschen. Damit spreche ich vom erzieherischen Wert unserer Armee. Wenn junge Rekruten in einem entscheidenden Alter sich unter erschwerten Umständen sozial durchmischt zusammenraufen müssen, sich unter- und überordnen lernen und in erzwungener Gemeinschaft Stress, Angst und körperliche Strapazen überwinden müssen und Freude und Genugtuung erleben können, so ist das Charakterschulung ersten Ranges. Es kommen junge Leute aus allen sozialen Schichten und mit ganz verschiedenen Anliegen und Begabungen zusammen und müssen alle die gleiche Arbeit leisten. Das ist gelebte Demokratie und der wahre Wert unserer Armee, der einzigartig in der ganzen Welt ist. Nicht die leider notwendigen Waffen und nicht der so wichtige Sport und nicht das Gehorchenlernen sind für mich so wichtig. All das könnte eventuell anderweitig freiwillig erlernt werden, mit dem Nachteil allerdings, dass nur eine Minderheit auch konsequent üben würde.

Vielleicht denken Sie, meine Herren Kollegen, das sagt ausgerechnet eine Frau, die nicht in die Rekrutenschule gehen muss. Ich möchte sogar gehen für alle Frauen. Aber ich möchte nicht missverstanden werden. Ich möchte nicht einen gleichen Militärdienst für Männer und Frauen. Aber ich bin für die Mitarbeit jeder Frau auf irgendeine Art für diesen Staat und für die Gesamtverteidigung. Wenn immer mehr Frauen mit der Forderung nach gleichen Rechten auch die gleichen Pflichten meinen würden, dann hätten wir vielleicht mit der Zeit auch weniger Mütter, die den Ausreden ihrer Söhne auf den Leim gehen und die Angst vor der Rekrutenschule noch unterstützen. Ich möchte nochmals betonen: Der Wert unserer Armee liegt also sicher auf dieser erzwungenen sozialen Durchmischung und Kameradschaft in einem Alter, da der Mensch noch formbar ist. Ich finde es traurig, dass gerade dieser menschlichen Anforderung viele potentielle Dienstverweigerer offenbar ausweichen wollen, weil sie kontaktarm, egoistisch und nur auf sich selbst konzentriert sind und Angst haben vor Unbekanntem und vor Unangenehmem, weil sie verweichlicht und verwöhnt

sind. Darum meine ich: Auf diese Charakterbildung für alle sollten wir nicht verzichten. Ich bitte Sie also im Sinne einer gesunden Jugend, die wir Gott sei Dank immer noch haben, sich allen Tendenzen zur Aufweichung unserer Armee entgegenzustemmen und die allgemeine Wehrpflicht nicht aufzuweichen. Selbstverständlich bin ich für die Motion meiner St.Galler Kollegin, die zur Kommissionsmotion wurde und die es ermöglicht, den echten Dienstverweigerer aus Gewissensgründen zu entkriminalisieren.

Mme Deneys: Il existe parmi les patriotes déclarés une catégorie d'individus qui conçoivent la patrie comme un territoire à défendre, de même que les animaux défendent leur territoire de chasse, de même que les tribus primitives, sans doute, défendaient le leur à l'aube de l'humanité.

Aujourd'hui pourtant, la patrie ce ne sont pas des kilomètres carrés de prés et de champs, de forêts et de rochers, de campagnes et de grandes villes, de Plateau, d'Alpes et de Jura. Ce ne sont pas davantage les richesses accumulées. La patrie, c'est d'abord l'ensemble des habitants de ce territoire, les jeunes à la recherche de leur personnalité, les handicapés physiques et mentaux, les aînés dont la dépendance s'accroît à mesure qu'ils vieillissent. Servir la patrie, c'est donc d'abord servir les habitants du pays, c'est-à-dire des êtres humains en chair et en os; c'est sentir en soi le puissant sentiment d'appartenir à une communauté vivante, forte de la valeur et de la détermination de ses membres, où chacun, chacune, peut compter sur le soutien, l'appui, l'aide de tous les autres auxquels lui-même, elle-même, accepte sans compter de consacrer du temps, des forces, de l'intelligence afin que l'existence soit meilleure. L'armée ne constitue donc au mieux qu'un des secteurs d'activité où l'individu peut manifester son sentiment patriotique dans le sens que j'ai précisé auparavant. Il y en a d'autres que mentionne l'initiative populaire.

Les patriotes de l'armée sont une autre catégorie qui m'inquiète. L'armée ou plutôt les cadres de l'armée n'ont pas été, trop souvent dans l'histoire, les véritables garants de l'indépendance des nations. Combien en a-t-on vus, ailleurs et chez nous, tourner leur veste, crier avec ceux qui criaient le plus fort, oublier les serments prêtés. Faut-il rappeler l'exemple d'officiers suisses célébrant, en juin 1940, l'entrée victorieuse des troupes hitlériennes à Paris? J'en déduis personnellement que, pour assurer de meilleures chances au maintien de l'indépendance nationale, il faut en tout cas qu'existe dans le pays un groupe important de civils, hommes et femmes de tous âges, parmi lesquels il se trouvera d'irréductibles défenseurs de la patrie.

L'armée, malheureusement, ne développe pas seulement en elle-même l'esprit de soumission et d'obéissance chez les uns, la volonté de commander chez les autres. La hiérarchie militaire est partout présente dans la vie économique et sociale de notre pays. Si l'on se préoccupait autant de l'état d'âme, des motivations qui poussent certains jeunes à franchir les échelons de la hiérarchie militaire qu'à examiner la conscience des objecteurs, on s'apercevrait que la plupart des premiers le font pour les avantages matériels que cela leur procure – meilleures chances d'avancement dans leur carrière professionnelle et revenu plus élevé pour eux-mêmes. Voilà ce qu'ils attendent du service à la patrie!

Que penser encore du patriotisme de certains chefs d'entreprises qui certainement ne votent pas à gauche et ne participent pas aux manifestations pacifistes? L'un d'eux refusait, il y a quelques jours, d'engager un jeune homme, sorti diplômé d'une école technique parce qu'il devait aller à l'école de recrues cet hiver, le condamnant de ce fait pratiquement au chômage. Un autre chef d'entreprise reconnaissait ouvertement qu'il préférerait engager des frontaliers français, déchargés de toute obligation militaire, plutôt que de jeunes Suisses. Comment qualifier le patriotisme de ces Suisses-là qui considèrent que l'armée doit plutôt rapporter que coûter quelque chose? Comment caractériser cette autre manière grave de refus de servir?

A bien considérer l'ensemble des gens qui se déclarent des patriotes sérieux, je me demande s'il est utile, s'il est néces-

saire, s'il est raisonnable de punir de prison un objecteur déclaré, un jeune qui a le cran, le courage d'envisager une peine de prison comme réponse aux questions qu'il se pose et que nous nous posons tous, je l'espère, sur le sens d'une défense armée quand les affaires, elles, ne connaissent ni frontières ni morale. Préférez-vous encourager parmi nos enfants, les jeunes qui trouvent des «combines», qui trichent, pour échapper à l'obligation de servir? Moi, non. Il faut créer un service civil fondé sur une manifestation claire de la volonté du requérant; en acceptant de consacrer un an et demi ou deux ans à des tâches difficiles, peu gratifiantes, il apporte cette preuve.

Je vous prie en conclusion d'accepter la proposition de M. Zwygart et, si elle était repoussée, de recommander au peuple et aux cantons l'acceptation de l'initiative populaire.

Vetsch: Es wird nun nachdrücklich eine Lösung für das Dienstverweigererproblem gefordert. Es haben sich aber auch die Ungeduldigen daran zu erinnern, dass sich die eidgenössischen Räte und das Schweizer Volk mit dieser ernsthaften Frage vor wenigen Jahren sehr ernsthaft und gründlich auseinandergesetzt haben. Das Schweizer Volk hat 1977 klar nein gesagt zum Zivildienst. Oder anders ausgedrückt: Es hat sich ganz klar für Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht als einer unserer ersten Bürgerpflichten ausgesprochen. Die Urheber der vorliegenden Initiative haben leider die damalige Vorlage bekämpft. Mit der Ablehnung eines vom Bundesrat und vom Parlament mit Gründlichkeit erarbeiteten Vorschlages und der nun vorliegenden, unannehmbaren Initiative für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises zeigen die Initianten wenig Verständnis für die in unserem Volk tief verwurzelte Wehrebereitschaft.

Zur Initiative: Sie muss meines Erachtens abgelehnt werden, weil sie die freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst zulässt. Wenn an diesem Pültschen gesagt wird, die freie Wahl sei heute schon gegeben, so kann ich diese Aussage nicht akzeptieren, denn wir dürfen nicht so weit gehen und sagen, wir hätten heute schon die Wahlfreiheit zwischen legalem und illegalem Verhalten. Natürlich haben wir das, aber illegales Verhalten, sich gegen das Gesetz stemmen, gehört nicht zur Wahlfreiheit des Schweizer. Wir suchen nach Möglichkeiten, die legale Wege aufzeigen, also keine falschverstandene Wahlfreiheit.

Ferner ist der Zivildienst in der Initiative so frei gestaltet, dass er schlechterdings alles offen lässt. Mit der Feststellung «Der Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens» wird indirekt ausgesagt, der Dienst in der Armee fördere den Krieg. Damit würde unseren Jungen vorgetäuscht, sie hätten zwischen Frieden und Kriegsdienst zu entscheiden. Sie würden dadurch tatsächlich in echte Gewissensnot gezwungen. Diese Fragestellung gibt es in einem demokratischen Land mit einem friedliebenden Volk, das aber bereit und entschlossen ist, seine Heimat und seine Freiheit wenn nötig mit der Waffe zu verteidigen, nicht.

In der Kommission und ausserhalb der Kommission sind Alternativen als Gegenvorschläge gesucht worden. Diese Alternativen sind ebenfalls nicht annehmbar, weil sie sich auch auf den Tatbeweis abstützen und auf eine Gewissensprüfung verzichten. Damit lassen sie den politischen Dienstverweigerer zu, den wir strikte ausschliessen müssen. Es dürfen nur religiöse und ethische Gewissensgründe anerkannt werden. Eine Gewissensprüfung ist unausweichlich. Sie wird auch im Ausland weitgehend angewendet.

Dem Volk die Initiative ohne Gegenvorschlag zu unterbreiten, nachdem es sich vor wenigen Jahren klar gegen einen Zivildienst geäußert hat, scheint mir im heutigen Zeitpunkt richtig. Zudem gewinnt man nicht den Eindruck, den Initianten liege viel an einer Lösung für die echten, aus religiösen oder ethischen Gründen in Gewissensnot stehenden Dienstverweigerer. Für diese aber wollen wir ohne Druck dieser Initiative eine Lösung finden.

Als zumutbare Alternative betrachte ich den waffenlosen Militärdienst in der Sanität und im Luftschutz, der erleichtert worden ist. Hier geht es um das Retten und Pflegen von

Menschen. Ich kann wirklich nicht verstehen, dass man diesen humanitären Dienst aus religiösen oder ethischen Gründen verweigern kann.

Prüfenswert erscheint mir im Rahmen der Kommissionsmotion der Gedanke, dem Richter die Möglichkeit zu geben, anstelle der Bestrafung in besonderen Fällen einen gleichwertigen Zivildienst anzuordnen. Damit können wir bei achtenswerten Beweggründen vom Zwang zur Gefängnisstrafe abkommen. Wer auch einen gut organisierten, strengen Zivildienst verweigern würde, hätte dann allerdings eine Strafe verdient.

Ich hoffe, dass wir auf diesem Wege zu befriedigenden Lösungen kommen.

M. Brélaz: La conception générale de la défense nationale devrait reposer sur divers piliers parmi lesquels nous citerons la qualité du matériel et de l'instruction, mais aussi la prévention par une diplomatie active des causes de conflit et la motivation du citoyen-soldat à défendre son pays. Or, si l'on tient généralement assez bien compte des trois premiers piliers, la motivation du citoyen-soldat est trop souvent ignorée, bien que plusieurs conflits récents aient démontré l'importance de ce facteur dans le cadre d'une politique générale de défense.

Ainsi est-il tout à fait improductif, du point de vue de la motivation du citoyen-soldat, de vouloir imposer des réalisations dont des régions ne veulent pas, telles que, par exemple, les dépôts de déchets radioactifs ou encore la place d'armes de Rothenthurm.

Le citoyen-soldat, dans ces affaires, a un peu trop l'impression que l'Etat central se comporte dans sa région à la manière d'un envahisseur; il subira de ce fait une forte perte de motivation dans la défense dudit Etat.

En ce qui concerne le service civil, on peut faire le même genre de raisonnement. Un objecteur, ayant le courage d'aller jusqu'à faire de la prison pour défendre son opinion, représente sans doute un potentiel extrêmement intéressant que le pays pourrait utiliser dans le domaine du service civil: on pense aux nombreuses tâches destinées à augmenter la qualité de la vie qui pourraient en résulter aussi bien au niveau de l'aide sociale aux personnes âgées qu'à celui de la restitution d'un environnement sain et agréable ou à toute autre tâche qui contribuerait à améliorer le cadre de vie et par conséquent la motivation de l'ensemble des citoyens-soldats à défendre leur pays. Les membres du comité de l'initiative ont d'ailleurs démontré dans différentes campagnes ce que cela pouvait donner et il semble que ce soit une pratique à encourager.

Il me paraît peu adéquat de gaspiller un tel potentiel au seul profit d'un meilleur taux de remplissage des prisons de notre pays. Quant aux objecteurs potentiels qui n'ont pas le courage de risquer la prison et souvent leur situation pour leurs idées, on peut aisément imaginer la qualité médiocre de soldats «démotivés» qu'ils fournissent au pays. Ne vaudrait-il pas mieux, là aussi, les intégrer à des tâches où ils seront plus aptes à donner le meilleur d'eux-mêmes?

L'initiative en faveur du service civil aura donc comme effet bénéfique une amélioration globale de la motivation du citoyen-soldat et permettra de surcroît de cesser de recourir à des pratiques jugées par d'aucuns comme moyenâgeuses. Je ne peux donc que vous encourager à la soutenir, en restant persuadé que, face à un service civil plus long que le service militaire, l'écrasante majorité des jeunes gens continueront à choisir un service militaire classique.

Il me semble enfin que le peuple devrait pouvoir procéder à des choix clairs en la matière et qu'un contre-projet ne devrait être voté que s'il venait à entraîner le retrait de l'initiative, ce qui ne semble guère être le cas, mis à part peut-être la proposition de M. Zwygart.

Frau Mascarin: Die Zahl der Militärdienstverweigerer ist im Steigen begriffen, doch sind es immer noch verschwindend wenige im Vergleich zur Gesamtzahl der Dienstpflichtigen. Bundesrat und Ständerat haben es sich nun wirklich einfach gemacht und waren nicht bereit, für diese kleine Minderheit

eine akzeptable Lösung zu finden. Nichts ist unternommen worden, damit diese Zivildienstwilligen ihre Militärdienstpflicht für die Schweiz sinnvoll erfüllen können. Sie sollen weiterhin ins Gefängnis kommen.

Das Argument, vor sechs Jahren sei eine Volksabstimmung zu diesem Thema bachab gegangen und deshalb sei der *Status quo* unverändert zu belassen, zieht meines Erachtens nicht. Die Niederlage jener Vorlage war vorprogrammiert; niemand stand wirklich hinter ihr, auch die Initianten nicht. Ausserdem sind sechs Jahre eine lange Zeit. Die Gefahr einer kriegerischen, ja sogar einer atomaren Auseinandersetzung ist in dieser Zeit grösser geworden. Die Reagan-Administration hat deutlich gesagt, dass ein atomarer Krieg machbar sei, dass er zeitlich und auf Europa begrenzt sei und dass die USA diesen Krieg gewinnen würden. Von uns, den Europäern, von Europa wird dann zwar nicht mehr viel übrig sein. Trotzdem wird versucht, die Bevölkerung glauben zu machen, ein solcher Krieg sei auch von den Europäern, sei von der Schweiz gewinnbar, beispielsweise durch totale Verteidigung. Der Slogan der Gesamtverteidigung dient in erster Linie dazu, die Bevölkerung psychologisch auf einen Krieg einzustimmen, die «Überlebensfähigkeit» in einer zukünftigen kriegerischen Auseinandersetzung der beiden Supermächte in Europa zu suggerieren, als machbar darzustellen; und dann ist eben auch ein solcher Krieg an sich machbar. Vielleicht ist er sogar erwünscht. Kriege sollen – so wird es in der offiziellen Terminologie gerne dargestellt – schon oft dazu gedient haben, den «Frieden zu sichern». Die Militarisierung der Gesellschaft wird so ideologisch, aber auch ganz praktisch vorangetrieben: Einbezug der Frauen ins Militär, Ablehnung eines Zivildienstes, Kraftprobe in Rothenthurm, riesige Militärbudgets usw.

Der Bundesrat zeigt in seiner Botschaft eine sehr rege Phantasie bezüglich des «Subversionspotentials» der Initianten, aber auch zukünftiger Zivildienstwilliger, zukünftiger Militärdienstverweigerer. Unser Fraktionssprecher hat Ihnen eine entsprechende Passage aus der Botschaft vorgelesen.

Der freisinnige Fraktionssprecher hat hier vorne erklärt, die Zivildienstwilligen seien Beistandsverweigerer. Ich denke, der Schritt zum Landesverräter ist dann nur noch sehr klein. Gegen eine solche Mentalität wehre ich mich mit aller Entschiedenheit!

Hätte der Bundesrat nur einen Teil seiner Phantasie dazu aufgewendet, Absatz 2 der Initiative mit Inhalt zu füllen, dann hätte er auch eine Lösung finden können, Zivildienstwillige sinnvoll einzusetzen. So erklärt er sich aber offiziell ausserstande, sich konkrete Massnahmen und Aktivitäten vorzustellen, die den Frieden fördern, die Ursachen gewalttätiger Auseinandersetzungen erkennen und beseitigen vermögen, die menschenwürdige Verhältnisse schaffen und der internationalen Solidarität dienen. Zu diesem Thema fällt ihm nur etwas ein: militärische Landesverteidigung.

Der Bundesrat gibt sich hier päpstlicher als der Papst. Von den europäischen NATO-Ländern haben alle ausser der Türkei die Möglichkeit eines zivilen Ersatzdienstes.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zu unterstützen. Die militärische Landesverteidigung der Schweiz wird dadurch keinen Schaden erleiden. Es wird keine Massenabwanderung aus der Armee stattfinden.

Falls Sie der Initiative nicht zustimmen können, bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag von Herrn Crevoisier zu unterstützen. Es scheint mit tatsächlich möglich, dass die Kommission eine Kompromissformel findet, die für alle akzeptabel ist und den Initianten erlaubt, die Initiative zurückzuziehen. Der Antrag von Herrn Zwygart bietet hierfür eine Basis; in der jetzigen Formulierung erscheint er mir allerdings allzu hart. Ich sehe nicht ein, weshalb ein ziviler Ersatzdienst doppelt so lang sein soll wie ein Militärdienst, wenn er schon gleichen psychischen und physischen Anforderungen wie der Militärdienst genügen soll.

Mme Pitteloud: Aujourd'hui des citoyens et des citoyennes de tous les horizons ressentent un malaise profond devant

cette question de l'objection de conscience discutée depuis 1903 dans notre pays et non résolue à ce jour.

En effet, beaucoup ressentent que cette objection se réfère souvent à des valeurs supérieures qui devraient régir notre société, des valeurs religieuses, des valeurs philosophiques ou morales. Ce week-end encore, les femmes protestantes réunies en camp à Vaumarcus, pour traiter le thème «La paix à tout prix, la paix à quel prix», nous ont adressé une demande de création d'un service civil qui leur paraît être une contribution positive à la construction de la paix. Tout le monde s'accorde à le dire, il faudra tôt ou tard trouver une solution. Le chef du département le reconnaît lui-même, lorsqu'il déclare que le fait de criminaliser l'objection de conscience paraît contestable, même s'il le fait pour déplorer que cette incarcération donne à trop bon compte l'auréole de martyr à l'objecteur de conscience. Pour moi, cette solution existe avec l'initiative.

L'initiative permettrait de commencer à organiser cette solution, elle est réaliste, elle règle le problème de l'objection de conscience dans son ensemble. Elle est praticable, tant du point de vue des objecteurs, dont elle respecte la diversité, que de celui de l'Etat fédéral dont elle ne remet pas en cause les principes fondamentaux. Elle introduit un nouveau service à la communauté à des coûts très faibles. Contrairement à ce que certains prétendent, les objecteurs ne sont pas de mauvais Suisses. Au contraire, ils représentent peut-être la conception la plus défendable de la patrie. Ils veulent servir leur pays mais souhaitent le faire autrement.

Cette idée de service différent à la patrie est partagée par de nombreuses institutions suisses, puisque lors de l'enquête effectuée sur les possibilités d'emploi de «civilistes», mille places ont été proposées dans toute la Suisse, et ceci dans des secteurs très divers allant de l'aide au développement à la protection de l'environnement, à l'agriculture, à l'engagement dans l'Eglise et dans le secteur médico-social. Cette diversité de propositions montre que l'objecteur de conscience pourrait vraiment s'engager en fonction de ses motivations et de ses compétences, et que le gaspillage de temps, d'énergie et d'argent que représente un emprisonnement est un non-sens.

Le Parlement européen s'est exprimé sur l'objection de conscience. Il a approuvé à une large majorité (111 voix pour, 15 contre et 35 abstentions), une résolution précisant en particulier que «nul tribunal ou nulle commission ne peut pénétrer la conscience d'un individu et qu'une déclaration individuellement motivée doit donc suffire dans l'immense majorité des cas à obtenir le statut d'objecteur de conscience». Cette position s'oppose aux arguments des détracteurs de l'initiative et devrait nous inciter à la soutenir. Elle représente une occasion sérieuse pour notre pays de mettre fin à l'arbitraire dans ce domaine.

Steinegger: Ich fürchte, dass diese Zivildienstinitiative dem Anliegen einer Regelung der Militärdienstverweigererfrage einen sehr schlechten Dienst erweist und den Weg für die baldige Realisierung einer tragbaren Lösung versperrt. Die vorliegende Initiative bildet gewissermassen einen Gegenvorschlag zur 1977 von Volk und Ständen abgelehnten Einführung eines zivilen Ersatzdienstes. Den Initianten ging der Vorschlag von 1977 zu wenig weit, und sie haben ihre Opposition mit der vorliegenden Tatbeweisiniziative zum Ausdruck gebracht. Man betreibt aber keine Wahrsagerei, wenn man behauptet, dass die Vorlage 1977 abgelehnt worden ist, weil das Volk entweder überhaupt keinen Zivildienst wollte oder weil ihm die vorgeschlagene Lösung zu weit ging.

Im Gegensatz zu den Politikern darf man beim Volk einen Erinnerungshorizont von mindestens sechs Jahren voraussetzen. Somit haben Lösungen, die über die Vorlage von 1977 hinausgehen, zum vornherein keine Chance. Das Herumbasteln an derartigen Lösungen ist eine akademische Übung jenseits der politischen Realität oder ein Beitrag im Rahmen einer langfristigen Ermattungsstrategie. Aus dieser Sachlage wäre nun eigentlich zu schliessen, dass dieser Initiative ein wirklicher Gegenvorschlag gegenübergestellt

werden sollte. Eine derartige Übung hat aber nur dann eine minimale Aussicht auf Erfolg, wenn die Initianten ihre Initiative zugunsten eines Gegenvorschlages zurückziehen würden. Die Initianten haben in der Zwischenzeit zum Ausdruck gebracht, dass sie nur Gegenvorschläge akzeptieren könnten, die ebenfalls weit über die Vorlage von 1977 hinausgehen und somit ebenso geringe Erfolgsaussichten haben. Somit wird es leider politisch sinnlos, einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, der die Ideen der Vorlage von 1977 aufnimmt und auf die Volksmeinung zusätzlich Rücksicht nimmt. Dabei enthält die Tatbeweisiniziative durchaus Elemente, die mit der Vorlage von 1977 kombiniert werden könnten. Ich habe deshalb darauf verzichtet, einen entsprechenden in der Kommission zur Diskussion gestellten Antrag auch im Plenum zu unterbreiten. Angesichts der etwas elitären oder ideologischen Hartnäckigkeit der Initianten besteht die Gefahr, dass auch ein derartiger Gegenvorschlag im Abstimmungskampf untergeht und wir nach der Abstimmung überhaupt nicht mehr wissen, wo anzusetzen wäre. Ich gehe davon aus, dass für die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen eine Regelung ausserhalb des Strafrechtes gefunden werden muss. Die Anerkennung von religiösen und ethischen Gewissensgründen, kombiniert mit einem sogenannten Tatbeweis, nämlich durch die Bereitschaft zur Leistung eines verlängerten Zivildienstes, wäre nach meiner Ansicht eine Lösung, die in einer Volksabstimmung Chancen hätte. Das Vorhandensein dieser Voraussetzungen müsste durch ein staatliches Organ geprüft werden. Dies ist staatspolitisch auch die einzige Lösung, wenn wir bei den Pflichten gegenüber der staatlichen Gemeinschaft nicht zum Selbstbedienungssystem übergehen wollen. Der Zivildienst wäre im Rahmen der allgemeinen Bundeszwecke zu erfüllen, wobei den Bedürfnissen bei allfälligen Krisensituationen Rechnung zu tragen wäre. Dies bedeutet, dass die Zivildienstpflichtigen ausgebildet und organisiert wären, um in einer Notstandssituation unverzüglich und zweckmässig eingesetzt zu werden.

Die Vorstellung, dass man den Zivildienstpflichtigen erst im Ernstfall Aufgaben zuteilen könnte, ist – zurückhaltend ausgedrückt – unrealistisch.

Ich bedaure, dass wegen der vorliegenden Initiative und der Haltung der Initianten eine derartige Lösung einstweilen verhindert wird.

Mme Jaggi: Il me tient tout simplement à cœur que nous trouvions ici, où nous examinons ce problème pour la X^{ème} fois, une solution enfin à cette grave difficulté que pose le refus de servir par le port d'arme.

Pour ma part, je vois la solution, la clé de ce problème, dans l'initiative pour un service civil, dite de la preuve par l'acte, ou, le cas échéant, par la proposition portée devant notre Conseil par M. Zwygart.

Cette préoccupation de trouver une solution, je pensais qu'elle était partagée par nous tous, dans cette salle. Je constate, après avoir entendu Mme Eppenberger, que nous n'avons pas même tous le même but, que j'appellerai le «plus commun souci».

Quand Mme Eppenberger nous dit que le service militaire est la seule formation sérieuse de la personnalité, elle manifeste à mon avis une bien curieuse notion de l'éducation: éducation en milieu fermé et fortement hiérarchisé, axée sur l'obéissance aussi aveugle que possible aux ordres, y compris à celui de porter la mort. Décidément, voilà une très spéciale préparation à la vie, à la liberté et à la responsabilité personnelle!

A mes yeux de femme qui ne suis ni mère ni éducatrice, mais tout simplement observatrice de certaines réalités sociales, au nombre desquelles figure l'important problème du service militaire et de ses implications pour les jeunes à l'âge du recrutement, le type d'éducation reçue à l'armée peut constituer une épreuve, un défi permettant le cas échéant de tester la capacité de résistance d'une personnalité déjà bien structurée. En revanche, permettez-moi d'éprouver les plus grands doutes quant aux effets d'une école de recrues sur

un jeune homme qui aurait encore besoin du complément de formation souhaité par Mme Eppenberger.

Il me paraît évident que ceux qui refusent le service militaire, se mettant ainsi dans une situation délicate dans la vie civile, sociale et professionnelle, ceux qui sont prêts à consacrer une année et demie de leur vie à une activité dont l'utilité leur apparaît évidente, ceux-là font preuve à mon sens d'une fermeté et d'une maturité qui valent toutes les audaces et les témérités plus ou moins gratuites auxquelles le service militaire aurait pu les entraîner.

Ayons de notre côté le courage ou tout simplement la tolérance de reconnaître qu'il y a plusieurs manières de faire son éducation et de servir son pays, comme l'a démontré notre collègue Mme Deney. Les solutions linéaires, uniformes, sont toujours mauvaises. Elles témoignent d'un manque assez navrant d'imagination et, finalement, d'intelligence.

Il faut instituer un service civil à côté du service militaire. Refuser une telle institution ne peut avoir en définitive qu'une seule raison: la peur de voir se clairsemer les rangs de notre armée. C'est là un aveu de faiblesse inouï de la part de celle-ci. Si quelque chose doit rendre le recrutement difficile au point d'en faire dans certains cas une farce, c'est bien les combines et les complaisances médicales qu'il faut viser et en aucun cas l'institution d'un service civil de longueur égale ou supérieure au service militaire qu'il remplace. Je voterai donc en faveur de l'initiative, le cas échéant de la proposition Zwygart, et vous remercie d'en faire autant.

Graf: Sofern man das Problem der Dienstverweigerung und des zivilen Ersatzdienstes aus realistischer Sicht betrachtet, wird man an drei Feststellungen nicht vorbeikommen. Zum ersten haben die bisherigen Auseinandersetzungen und Abstimmungen mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass zumindest im heutigen Zeitpunkt und wohl noch auf Jahre hinaus kein Vorschlag zur Einführung eines zivilen Ersatzdienstes Aussicht auf Erfolg haben wird, der die freie Wahl zwischen Militär und Zivildienst ermöglicht. Zweifelloos will der Gross- teil des Schweizervolkes auch weiterhin an Artikel 18 der Bundesverfassung «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig» festhalten. Zum anderen haben gerade die jüngsten Diskussionen um die Zivildienstinitiative klar gezeigt, dass der sogenannte Tatbeweis keine Lösung des schwierigen Problems bringen kann. Zumindest solange über die Einsatzmöglichkeiten keine Klarheit und auch keine Einigkeit bestehen, dürfte es völlig illusionär sein, auf diesem Wege einen Durchbruch zu erwarten, und zwar um so weniger, als die Ansichten über die Einsatzbereiche weit auseinandergehen und von gewissen Kreisen Möglichkeiten eines zivilen Ersatzdienstes angestrebt werden, die selbst im Rahmen der Friedenssicherung niemals akzeptiert werden können. Schon gar nicht auch deshalb, weil meines Wissens bis heute noch niemand auf die Frage eingetreten ist «Was geschieht mit Ersatzdienstleistern in einem Aktivdienst?» Zum dritten stellt auch die Wissensprüfung keine Alternative zum Tatbeweis dar. Schon im Zusammenhang mit der eidgenössischen Volksabstimmung vom Dezember 1977 ist von berufener Seite auf die Untauglichkeit dieses Instrumentes zur Seelenerforschung hingewiesen worden. Und nichts deutet darauf hin, dass diese Feststellungen heute keine Gültigkeit mehr hätten. In dieser von Sachzwängen beherrschten Situation sollte wenigstens für jenen Teil der Dienstverweigerer die Möglichkeit einer Artikel 18 BV gerecht werdenden Dienstleistung geschaffen werden, die bereit sind, waffenlosen Dienst zu leisten. Wenn man bedenkt, dass im vergangenen Jahr nicht weniger als 850 Gesuche für waffenlose Dienstleistung gestellt wurden, dann sollte der Weg für einen solchen Dienst meiner Ansicht nach geöffnet werden. Man wird hier einwenden, dass diese Möglichkeit bereits bestehe und auch genutzt werde. Andererseits weiss man aber, dass die Möglichkeiten zur waffenlosen Dienstleistung bei den Sanitäts- und Luftschutztruppen nicht unbeschränkt sind und es auch gar nicht erwünscht sein kann, dort allzu grosse Bestände an nicht bewaffneten Wehrmännern zu haben.

Um hier weiterzukommen, werden wir zwangsläufig weitere Einsatzmöglichkeiten, auch bei anderen Truppengattungen, ins Auge fassen müssen. Ich war schon in den Zivildienstdebatten von 1973 und 1977 ein konsequenter Gegner jedes Zivildienstes. Ich bin es auch heute noch. Damit wir uns aber nicht alle paar Jahre erneut und immer wieder mit diesem Problem befassen müssen, habe ich, im Sinne meiner vorangehenden Ausführungen, gestern ein Postulat zur Einführung eines waffenlosen Dienstes mit eigenen Rekrutenschulen eingereicht. Der Bundesrat hat es in der Hand, durch dessen Entgegennahme einen entscheidenden Schritt zur Lösung des Dienstverweigerungsproblems zu tun, ohne dass dabei Artikel 18 BV tangiert wird. Und das wird letztlich beim Souverän allein entscheidend sein.

Keller: Die Gewissensgründe, die einen jungen Mann bewegen, den Militärdienst zu verweigern, sind für mich verständsmässig kaum fassbar, auch gefühlsmässig schwer nachzuvollziehen. Dennoch bin ich für eine Lösung in der Dienstverweigererfrage. Denn es ist besser, dass wir diesen Leuten, wenn sie guten Willens sind, eine Chance einräumen, etwas Sinnvolles zu tun, statt ins Gefängnis zu gehen, das in diesem Fall nur Sühne sein kann und zu keiner Einsicht führen wird.

Ich anerkenne, dass mit der Einräumung des waffenlosen Militärdienstes ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden ist, ich meine aber, dass nun die Ergänzung durch eine Lösung für die Verweigerer aus Gewissensgründen gefunden und getroffen werden sollte. Diese Gelegenheit bietet der Gegenvorschlag. Er kommt spät, aber jetzt ist er da, und man sollte ihn nun nicht einfach mit einem Nichteintretensantrag vom Tisch wischen, als wäre er nichts. Es ist natürlich leicht, die Initiative abzulehnen und diese Ablehnung auch vor dem Volk zu vertreten. Beim Gegenvorschlag ist das aber ungleich schwieriger. Kernstück ist der sogenannte Tatbeweis: Zugegeben, das ist kein absoluter Beweis, aber die Gewissensprüfung ist es auch nicht. Was wir bei beiden gewinnen können, ist eine mehr oder weniger tiefe Glaubwürdigkeit. Glaubwürdig ist der Tatbeweis nur, wenn seine Erfüllung hohe Ansprüche stellt; und dieser Gegenvorschlag – davon bin ich überzeugt – stellt hohe Ansprüche. Er fordert einen dem Militärdienst gleichwertigen Einsatz, und das bei doppelter Dauer.

Gleichwertigkeit ist ein zentrales Element des Gegenvorschlages: es fehlt in der Initiative. Was heisst «gleichwertig»? Das muss man beziehen auf den Dienstbetrieb und die Leistungsanforderung: Die täglichen Dienstzeiten, die Regelung zwischen Arbeit und Freizeit, die disziplinierte Unterordnung und die Unbedingtheit des Einsatzes, und das bei doppelter Dauer! Man muss sich das einmal vorstellen: Wer diesen Sommer in die RS eingerückt ist, kommt im November zurück; der Zivildienstleistende würde im März 1984 heimkehren. Statt dass er drei Wochen WK macht, absolviert er seinen Dienst in sechs Wochen. Man muss sich die Komplikationen, die Schwierigkeiten vergegenwärtigen, die dieser Mann am Arbeitsplatz hat, im Studium, in der Familie usw. Die Schärfe dieses Tatbeweises scheidet die Spreu vom Weizen. Ein so gestalteter Zivildienst ist nichts für Drückeberger.

Stichwort freie Wahl: Bei rein formalistischer, oberflächiger Betrachtung kann man das sagen, aber nicht bei genauer Prüfung. Ein junger Mann, der diesen Weg wählt, wird sein Gewissen ernsthaft prüfen müssen, denn – das sage ich als Angehöriger dieser Armee mit rund 1700 Dienstatagen – diese Variante ist nicht vorteilhaft. Und wenn sie vorteilhaft sein sollte, dann haben die Bundesbehörden die Forderung der Gleichwertigkeit nicht angemessen umgesetzt. Ein Zivildienst, der in bezug auf straffen Dienstbetrieb, Leistungsanforderung und Dauer überzeugt, vermag auch den Soldaten zu überzeugen, der seinen Militärdienst leistet. Das möchte ich auch an die Adresse jener sagen, die sich dem Glauben hingeben, die Entscheide einer Gewissensprüfungskommission würden bei den Soldaten unbedingt auf hohen Respekt stossen. Einen Gewissenskonflikt in dieser Sache kann sich der Soldat kaum vorstellen. Wohl aber kann sich der Soldat

– und ich mit ihm – eine Dienstleistung von doppelter Dauer und gleichen Anforderungen vorstellen. Der Tatbeweis hätte übrigens in der Kommission eine weit grössere Mehrheit gefunden, wenn nicht die Frage der Zweckbestimmung für eine Relativierung gesorgt hätte, indem verschiedene, die für den Tatbeweis eintraten, bei der Zweckbestimmung, wie sie jetzt vorliegt, nicht mitmachen konnten. In dieser Beziehung habe ich mir erlaubt, einen Antrag einzureichen, der das Ganze etwas flexibler gestaltet, so dass sich die Geister an dieser Frage, die nicht zentral ist, nicht scheiden sollten. Mein Antrag könnte eine gewisse Brückenfunktion leisten. Es ist uns allen klar, dass in Kriegszeiten dieser Zivildienst in die Gesamtverteidigung integriert wäre, dass es aber darum gehen muss, in Friedenszeiten für den Zivildienst eine etwas flexiblere Lösung zu finden, damit die Leute zweckmässig eingesetzt werden können.

Ich hoffe, dass Sie auf diese Vorlage eintreten. Ich möchte Ihnen meinen Antrag später begründen. Im Namen einer starken Minderheit der CVP bitte ich um Eintreten und Zustimmung zum Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit mit der Änderung, die ich Ihnen zu Alinea 2 vorschlage.

M. Longet: Le problème posé par ceux que l'on appelle d'un terme très judicieux «objecteurs de conscience» ne sera résolu que par la reconnaissance par la société de la réalité d'un conflit de conscience aigu et par la traduction de cette reconnaissance en espace de liberté individuelle. Toute solution hybride, comme la tentative de répartir les motifs de conscience en motifs qui seraient acceptables et en d'autres qui ne le seraient pas, ou comme l'aménagement d'un statut à l'intérieur d'une défense militaire générale, ne permettra pas de résoudre le problème, n'étant pas de nature à lever effectivement les motifs subjectifs d'objection. Il nous faut admettre qu'un certain nombre de nos concitoyens sont placés devant un conflit de conscience subjectif certes, mais réel, grave, effectif, à l'idée de devoir un jour tuer et de devoir s'y préparer, même en état de légitime défense et encore plus à l'idée que tout un pays doit ainsi se préparer en permanence à tuer. Même un pays qui a décidé, comme le nôtre, que son armée serait à tout jamais exclusivement défensive doit admettre la réalité de ce conflit de conscience et, au lieu de la réprimer, tirer orgueil et fierté, de pouvoir le respecter. Mieux, il doit admettre que ce conflit est particulièrement aigu chez ceux d'entre nous qui sont les plus sensibles, trop aux yeux de certains, aux signes des temps. Au fond, n'est-ce pas un conflit de conscience qui devrait habiter chacun d'entre nous, même s'il ne doit pas mener nécessairement à la conséquence que certains arrivent à tirer? Plus les moyens de destruction, d'autodestruction de l'humanité se développent, plus les nuages s'amoncellent à l'horizon et plus ce type de conflit de conscience, né et nourri de l'absurdité de cette évolution de l'humanité, se situera au cœur de l'actualité. Que reproche-t-on aux objecteurs? D'avoir raison tout seuls, d'avoir raison trop tôt, de vouloir aujourd'hui vivre dans leur vie individuelle ce qui devrait être en réalité le comportement collectif d'une humanité vraiment civilisée, de chercher d'autres parades que la défense nationale traditionnelle aux menaces réelles qui pèsent sur l'avenir collectif, d'évaluer ces menaces autrement qu'en seuls termes d'agresseurs étrangers à combattre, de rappeler enfin aux militaires que l'armée est tout au plus un moyen mais non une fin.

Si nous étions le premier pays démocratique et respectueux des droits de l'homme à débattre ainsi de la décriminalisation de l'objection de conscience, je comprendrais à la limite les réticences d'une majorité. Mais nous sommes, au contraire, pratiquement le seul parmi ces pays qui refuse à ses objecteurs un statut. Dans aucun de ces pays démocratiques, l'armée ne s'est écroulée en raison de la reconnaissance du droit à l'objection. Le système de la preuve par l'acte permet d'éviter à la fois le tri douteux des consciences et le recrutement de «civilistes» dont la motivation serait uniquement d'éviter les inconvénients d'un service militaire. Que l'on ne vienne pas parler ici d'hémorragie dans les rangs de l'armée! La pratique plus ou moins large des

exemptions médicales ou administratives est à cet égard infiniment plus déterminante quant aux effectifs réels de l'armée, comme M. Günter et Mme Jaggi l'ont souligné.

Enfin, les adversaires du service civil viennent prétendre qu'on ne saurait que faire des civilistes, que même dans nos alpages les plus reculés, il n'y a plus de routes à construire. C'est peut-être vrai s'agissant des routes, mais je tiens tout de même à ajouter à l'énumération de Mme Françoise Pitteloud qu'il y a le grand domaine de l'aide à nos habitants âgés, handicapés, isolés ainsi que le domaine de l'aide en cas de catastrophe qui pourrait se développer à l'étranger. Nous pourrions mettre sur pied un corps d'aide qui pourrait intervenir en cas de catastrophe ou bien de manière générale, à l'instar d'autres pays, en faveur des objectifs de notre loi sur l'aide au développement. Les idées sont nombreuses quant à l'utilité des «civilistes».

En conclusion, en cette session placée sous le signe des crédits militaires, la preuve par l'acte concerne aussi ce Parlement. A lui de montrer par un acte courageux qu'il est capable de proposer une solution digne de nos traditions démocratiques à ce problème lancinant. Pour ma part, je soutiendrai la proposition de M. Zwygart puis, en cas d'échec de cette proposition, l'initiative.

Frau Blunschy: Ich bin der Kommissionsmehrheit dankbar, dass sie uns nicht einfach die Auswahl lässt zwischen einer unbefriedigenden Initiative und einem unbefriedigenden Ist-Zustand, sondern sich bemüht hat, einen Gegenvorschlag vorzulegen.

Der Gegenvorschlag weist gegenüber dem Initiativtext verschiedene Verbesserungen auf. Die Gewissensgründe werden in den Vordergrund gestellt. Man mag zwar einwenden, es fehle beim Gegenvorschlag eine Prüfung dieser Gründe. Dazu möchte ich eine Aussage des Bundesrates zitieren aus seiner Antwort auf die Einfache Anfrage Oester vom 23. Juni 1983 betreffend waffenlosen Militärdienst. Der Bundesrat schreibt: «Beweisen lässt sich schwere Gewissensnot nicht; der Gesuchsteller soll sie aber glaubhaft machen.»

Genau um diese Glaubhaftmachung geht es beim sogenannten Tatbeweis. Der Gegenvorschlag ist in diesem Punkt wesentlich strenger als die Initiative. Er verlangt eine Dienstleistung, die doppelt solange dauert wie die Gesamtheit der verweigerten Dienste. Zweimal solange Dienst leisten – zuerst 34 Wochen, nachher jeweils sechs Wochen im Jahr –, das überlegt sich jeder gründlich. Für blosses Drückeberger ist das nichts. Da muss man schon ernsthafte Gründe haben. Wer diese doppelte Dauer auf sich nimmt, muss auch im ausserdienstlichen Leben mit zusätzlichen Problemen rechnen. Nicht jeder Arbeitgeber wird begeistert sein, wenn der Arbeitnehmer doppelt solange vom Arbeitsplatz fern bleibt wie derjenige, der seinen normalen Militärdienst leistet. Die angeblich freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst ist keineswegs so frei, wie behauptet wird.

Der Gegenvorschlag verlangt ferner, dass beim Zivildienst gleichwertige Anforderungen gestellt werden wie beim Militärdienst. Das Gesetz wird diesen Punkt konkretisieren müssen. Sicher wird es keine Arbeit sein, von der man jeden Abend ins traute Heim zurückkehren kann. Das Erlebnis des gemeinschaftlichen Einsatzes unter straffer Führung wird auch den Zivildienstleistenden nicht erspart bleiben. Was die Art des Einsatzes betrifft, so sind auch im Militärdienst die Anforderungen je nach Waffengattung nicht überall dieselben.

Ich unterstütze den Antrag Zwygart, eventuell den Antrag Keller oder Ott, wonach der Zivildienst Tätigkeiten im Rahmen der Aufgaben des Bundes und eventuell der Kantone umfasst. Es wird niemand behaupten wollen, die Gesamtverteidigung sei nicht auch eine Aufgabe des Bundes. Im Gesetz kann ohne weiteres vorgesehen werden, dass zum Beispiel in Zeiten des Aktivdienstes der Zivildienst im Rahmen der Gesamtverteidigung geleistet werden müsse. In Friedenszeiten ist die Beschränkung auf Einsätze im Rahmen der Gesamtverteidigung aber zu eng. Einsätze im Gesundheitsdienst, zum Beispiel in Spitälern, in Alters- und Pflegeheimen, im Strassenbau, zur Waldpflege, zur Sanie-

rung von Bergliegenschaften, bei Naturkatastrophen: das kann in normalen Zeiten schwerlich alles unter den Begriff Gesamtverteidigung fallen. Wenn die Tätigkeit auf Aufgaben der Gesamtverteidigung beschränkt wird, provozieren wir eine Abwehrhaltung seitens der Initianten und riskieren, dass die Initiative nicht zurückgezogen wird. Ein Gegenvorschlag ist aber nur dann sinnvoll, wenn er den Rückzug der Initiative ermöglicht.

Mit den Anträgen Zwygart, eventuell Keller oder Ott, bestehen echte Chancen, dass die Initiative zurückgezogen wird. Im Antrag Zwygart wird die Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen und Institutionen verlangt. Die Möglichkeit solcher Zusammenarbeit scheint mir selbstverständlich, sie könnte meines Erachtens auf Gesetzesstufe geregelt werden. Vor einigen Jahren haben gemeinnützige Organisationen, wie das Schweizerische Rote Kreuz oder die Caritas, auf eine Umfrage hin Einsatzmöglichkeiten aufgezeigt und ihre guten Dienste angeboten. In anderen Belangen funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bund und privaten Hilfswerken bestens. Denken wir zum Beispiel an die Betreuung der Flüchtlinge.

Meines Erachtens bietet der Gegenvorschlag eine gerechte Lösung, so dass ein weiteres Hinausschieben nicht nötig ist. Wer sich allerdings mit dem Gegenvorschlag nicht befreunden kann, andererseits einsieht, dass der heutige Zustand nicht befriedigt, muss dem Antrag Crevoisier auf Rückweisung zustimmen.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass der Gegenvorschlag richtig ist und man ihm in der Fassung Zwygart oder ergänzt durch den Antrag Keller oder Ott zustimmen sollte.

M. Ruffy: La question de l'introduction du service civil comme solution de rechange au service militaire, allant jusqu'à la suppression de l'obligation générale de servir, nous est posée de deux manières différentes: d'abord sur le plan personnel, et ensuite sur le plan politique, puisque cela concerne directement le système de défense de notre régime démocratique.

Cette distinction ne saute peut-être pas aux yeux dans un pays où chaque enfant naît soldat. Il faut pourtant bien admettre, malgré le caractère enviable de la nationalité suisse, que celui qui voit le jour, même dans notre pays, appartient d'abord au genre humain avant d'être de la variété «*homo helveticus*».

Sur le plan individuel d'abord, chacun entre dans le problème qui nous est posé avec son bagage de souvenirs et de références retenus de son expérience de milicien et greffés sur une nature plus ou moins confiante.

Ceux qui, dans cette salle, et M. Zwygart l'a rappelé, ont fait la mobilisation, peuvent témoigner non seulement de l'intérêt, mais encore de l'efficacité d'un système de défense où chacun se sent solidaire, où chaque citoyen, indépendamment de son origine ou de son rang social, se trouve en mesure de se défendre. Les autres, dont la conviction n'est pas ancrée à une telle expérience, sont plus réceptifs à des points de vue différents, forgés par la triste évolution des guerres contemporaines. On ne peut nier que, dans les conflits récents, la population civile est autant, sinon plus, exposée aux conséquences des affrontements que les combattants eux-mêmes. On ne peut nier le fait que l'humanité, aujourd'hui, est menacée d'extinction, tant les moyens de destruction sont grands. Dans ces conditions, la guerre perd de son sens dans la mesure où il ne pourrait plus y avoir de victoires mais davantage, probablement, une inexorable agonie de notre planète.

Dès lors, un refus individuel d'appartenir à toute forme d'organisation militaire que ce soit s'explique par l'incapacité des armées de maîtriser désormais les problèmes posés. Bien plus, sans rien résoudre, elles peuvent exposer la société à des risques. Le raisonnement est simple, Monsieur Keller, il n'est pas forcément illogique: sans soldats pas d'armée, sans armée pas de guerre.

Jeter en prison ceux qui, voulant prêcher par l'exemple, refusent d'une manière absolue le service militaire, constitue alors une injustice grave, du mépris à l'égard de pensées

qui nous ont presque tous habités une fois ou l'autre et qui nous ont même peut-être parfois ébranlés.

A cela, on me rétorquera que, depuis le XVI^e siècle, l'armée suisse a renoncé à toute guerre d'agression, que l'espoir de voir Soviétiques et Américains suivre l'exemple que pourrait fournir une Suisse sans armée serait bien mince, et c'est vrai.

L'initiative de démilitariser notre pays consisterait, dans ces conditions, à prendre un très grand risque sans avoir de garantie de réciprocité. Elle serait donc dangereuse pour nous. La reconnaissance d'un service civil, conçu comme solution de rechange à l'obligation générale de servir, ferait encourir de graves dangers à notre système de défense démocratique.

J'en viens donc à l'aspect politique. Penser que l'armée de milice suisse pourrait être amoindrie dans ses effectifs et dans son pouvoir de dissuasion, par l'introduction d'un service civil, reviendrait à admettre qu'elle n'existe aujourd'hui que par la contrainte exercée sur le conscrit, que par le choix qui lui est laissé: soit en prison, soit dans le rang. C'est naturellement reconnaître, du même coup, que la capacité actuelle de résistance de notre armée est singulièrement affaiblie par des citoyens-soldats qui font leur service, non par conviction, mais par obligation. La réalité est pourtant différente. La nature de l'armée suisse fait qu'on s'y entraîne collectivement, comme on s'entraînerait individuellement à l'autodéfense. La fonction psychologique est probablement beaucoup plus importante que la force de frappe. Savoir se défendre représente quelque chose d'indispensable, même si l'on doit bien admettre qu'en dépit de cette formation, de ces entraînements, la parade à des projectiles comme la bombe à neutrons reste problématique.

Je ne partage donc pas les craintes exprimées par le rapport à l'égard de la proposition qui nous est faite et qui a trait à la force de notre armée. Il me semble, au contraire, que l'introduction du service civil aurait un double effet positif. Les unités n'auraient plus à faire souffrir et à prendre en charge des hommes en gris-vert contre leur gré. Ceci pourrait remplir des tâches auxquelles ils croiraient. On éviterait le gaspillage stupide que représente l'emprisonnement et on accorderait à ces hommes le respect auquel ils ont droit.

Pour ces raisons, convaincu d'assurer le respect des libertés fondamentales et ne porter aucunement atteinte à la force de notre armée, je vous invite à entrer en matière et à vous prononcer en faveur de la proposition de M. Zwygart. Si cette proposition devait être refusée, je vous recommande l'adoption de l'initiative.

Bäumlin: Man hat den Initianten in letzter Zeit etwa vorgeworfen, sie seien stur, sie würden nicht zu einem Kompromiss Hand bieten. Das trifft nicht zu! Ein Kompromiss ist vorgeschlagen: Ich beziehe mich auf den Antrag von Herrn Zwygart. Wir können damit rechnen – und zwar mit Bestimmtheit –, dass die Initiative zurückgezogen wird, falls der Antrag Zwygart durchkommt.

Dieser Antrag ist nicht von irgend jemandem ausgearbeitet worden: Der Evangelische Kirchenbund war, wie Sie wissen, beteiligt, und – ich rufe es nochmals in Erinnerung – Korpskommandant Wildbolz arbeitete ebenfalls massgeblich mit. Man hat nun – um seinen Beitrag abzuwerten – gesagt, er habe das als «Privatperson» getan. Wie dem auch sei, wir wollen uns nicht um Worte streiten, Herr Bundesrat, ich würde mit aller Bestimmtheit behaupten, die Privatperson Wildbolz befinde sich keineswegs in einem Konflikt mit der Amtsperson, dem Offizier Wildbolz. Herr Wildbolz hat uns geraten, den unbefriedigenden Zuständen endlich ein Ende zu setzen; er steht zu dem, was hier vorgeschlagen wird, fügt allerdings hinzu, es sei dies keine absolut vollkommene Lösung, aber eine vollkommene Lösung werde ja ohnehin nicht gefunden.

Zum Tatbeweis: Es ist schon viel dazu gesagt worden. Ich wiederhole ganz kurz; vorgeschlagen ist nicht eine einfache «Briefkastenlösung»; vielmehr muss man sich in einem Verfahren erklären. Freilich hat der einzelne den letzten

Entscheid, aber so frei ist er bei diesem Entscheid nicht, denn es werden ihm Entscheidungsumstände gesetzt, die ihm die Wahl doch etwa schwer machen, und der Drückberger, der reine Egoist, wird bestimmt nicht auf den Zivildienst ausweichen. Das soll uns schliesslich doch genügen! Zum Gegenvorschlag der Kommission und zum Gegenvorschlag von Herrn Zwygart: Die Hauptdifferenz besteht hier in folgendem: Gemäss Vorschlag der Kommission soll der Dienst im Zusammenhang mit der Gesamtverteidigung geleistet werden, und gemäss dem anderen Vorschlag wäre der Dienst im Zusammenhang mit den allgemeinen Bundeszwecken zu leisten. Nun ist das Wort «Gesamtverteidigung» ein bisschen ein Reizwort geworden. Und darauf reagieren die Verweigerer. In der Diskussion, die darauf entstanden ist, ist es dann aber auch zu Missverständnissen gekommen. Auch zu einer billigen Polemik an die Adresse der Initianten. Ich möchte sie nämlich jetzt bitten, zu beachten: Der Begriff der «Gesamtverteidigung» hat im Grunde zwei Bedeutungen. Gesamtverteidigung meint zunächst eine Aufgabe, zu der vielerlei gehört, nämlich alles, was nötig ist, um unser Land im Kriegsfall zu verteidigen, wirtschaftlich, was Krankenpflege betrifft usw. Und dann bezeichnet der Begriff der Gesamtverteidigung auch eine Organisation, die Gesamtverteidigungsorganisation, wie sie in unserer Rechtsordnung geregelt ist: mit einem Stab und mit einer Zentralstelle, die administrativ dem EMD unterstellt ist. Und was nun die Dienstverweigerer nicht wollen: in einer Organisation tätig sein, die – auch in Friedenszeiten – organisatorisch dem EMD unterstellt ist. Wenn man aber behauptet, die Verweigerer seien nicht bereit, in der Krankenpflege und ähnlichen Bereichen tätig zu sein, da ja Krankenpflege auch zur Gesamtverteidigung gehöre, dann unterschiebt man ihnen eine Auffassung, die sie gar nicht vertreten. Das ist dann einfach eine faule Polemik.

Es ist durchaus richtig, für Friedenszeiten auf jeden Fall, die Zweckerweiterung vorzunehmen, also einen Zivildienst im Rahmen der allgemeinen Bundeszwecke vorzusehen. Auch Herr Wildbolz hat darauf hingewiesen, dass man in Friedenszeiten ja Mühe hätte, diese Aufgabe im Rahmen der Gesamtverteidigung schon nur organisatorisch zu bewältigen. Eine Einengung in diesem Sinne wäre sachlich auch aus verschiedenen anderen Gründen nicht gut begründbar. Zum Einsatz zum Beispiel in der Forstwirtschaft: Wir diskutieren jetzt das Waldsterben. Auf jeden Fall wird es in der Forstwirtschaft etliche Probleme geben. Da könnten sinnvolle Zivildienstleistungen geleistet werden, und wer auf dem Militär vergleichbare Anforderungen Gewicht legt, der sollte auch bedenken, dass die Arbeit in der Forstwirtschaft immerhin zu den gefährlicheren Arbeiten gehört.

Noch etwas: Wer sagt, allgemeine Bundeszwecke seien eine zu weite Umschreibung, der kommt, wenn er überhaupt ein Beispiel findet, mit der Entwicklungshilfe. Und da ist die Argumentation manchmal leicht unanständig und infam, indem man unterschiebt, die Tätigkeit in der Entwicklungshilfe sei etwas Ähnliches wie touristisches Vergnügen: Sozialarbeit in Hongkong oder in Bangkok – auch seriöse Zeitungen argumentieren manchmal so und erwecken damit allerhand Assoziationen. Wer so argumentiert, der hat entweder keine Ahnung von dem, was Arbeit in der Entwicklungshilfe ist, oder er ist ein reiner Zyniker. Arbeit in der Entwicklungshilfe ist eine anstrengende und ernsthafte Arbeit und kann mit erheblichen Krankheitsrisiken verbunden sein: zum Beispiel Tropenkrankheiten, je nachdem, wo man arbeitet, oder auch mit Gefahren für Leib und Leben, je nach dem politischen Klima im Land, in dem man arbeitet. Wer immer noch skeptisch ist und meint, es könne Missbrauch betrieben werden, der möge doch den Text lesen. In Initiative und Antrag Zwygart steht übereinstimmend, dass schliesslich der Bundesgesetzgeber das Einzelne bestimmt. Und es wäre ja absurd, zu meinen, der Bundesgesetzgeber, so wie wir ihn kennen, würde bei der Ausgestaltung im Detail etwas wie eine «Ferienlösung» zulassen für den Zivildienst. Wir können auf dem Wege der Gesetzgebung sicher zu befriedigenden Ergebnissen kommen.

Ich bitte Sie also, auf den Antrag Zwygart einzutreten und

ihm zuzustimmen. Das wäre ein akzeptabler Kompromiss, auf den man sich eigentlich sollte einigen können.

M. Gloor: L'initiative qui nous occupe tend à accorder le libre choix entre le service militaire et le service civil. En fait, celui qui refuse le service militaire en est libéré s'il accomplit un service civil. La durée de celui-ci est une fois et demie celle de la totalité du service militaire refusé.

A mon sens, ayant fait du service militaire et tout en approuvant les principes de la défense nationale, je n'arrive pas à comprendre comment on peut tenir le raisonnement suivant. Cette initiative tend à accorder le libre choix entre le service militaire et le service civil. De ce fait, on en arrive à la suppression générale de servir. Il s'agit de quelques centaines de personnes qui pourraient bénéficier de cette initiative. Qui peut nous prouver que ce sera demain une très grande majorité de jeunes citoyens qui refuseront de faire leur école de recrues? Est-ce vraiment faire preuve de naïveté que de croire à la sincérité des personnes désirant utiliser le service civil et qui, du même coup, ont la conviction de servir le pays? Et quand plusieurs de nos collègues estiment que cette initiative est irrecevable et porte préjudice à la défense nationale, je trouve cette prise de position abrupte, chauvine, car elle porte le fruit d'un nationalisme moyenâgeux.

Ce qui est détestable dans tout ce débat, c'est le fait que ceux qui se permettent d'appuyer cette initiative passent pour des gens qui n'aiment pas leur pays. C'est à la fois absurde et profondément injuste. Certes, il y a eu dans la présentation de cette initiative quelques erreurs, mais ce n'est pas si grave. La situation actuelle n'est pas admissible. Pourquoi parle-t-on de défense nationale totale? Les mots n'ont-ils plus la même valeur? A mon sens ce principe tend à accepter tout effort, tout dévouement et tout sacrifice tendant à servir le pays. Pourquoi dès lors combattre cette initiative avec des arguments où la mesquinerie le dispute à une certaine hargne?

Si je respecte celle et ceux, encore fort nombreux, qui croient fermement au service militaire tel que pratiqué aujourd'hui, et j'en suis, j'admets l'alternative posée par l'initiative. Peut-on en fait raisonnablement penser que par hypothèse, même si quelques milliers de jeunes gens utilisent le service civil fondé sur la preuve par l'acte, d'une durée de dix-huit mois, ce fait pourrait démanteler notre défense nationale en lui portant un mauvais coup? Je ne le pense pas. C'est pourquoi je voterai cette initiative, tout en rendant hommage à mon excellent collègue Ott pour sa recherche d'un compromis honorable.

M. Soldini: En 1972, un groupe de professeurs de gymnase de Münchenstein déposait une initiative proposant une solution de remplacement pour les Suisses qui ne peuvent concilier l'accomplissement du service militaire avec les exigences de leur foi ou de leur conscience. En 1977, ce texte qui invitait le peuple suisse à faire une distinction entre les bons et les mauvais objecteurs de conscience, entre les réfractaires aux mobiles religieux ou éthiques dignes d'un statut particulier et les autres animés par des motifs aussi différents qu'incontrôlables, ce texte, donc, fut rejeté par le peuple par 855 868 suffrages, contre 533 733, soit 300 000 voix de majorité.

Aujourd'hui, nos pacifistes impénitents et leurs amis politiques, situés de la gauche à l'ultra-gauche de l'échiquier parlementaire, reviennent à la charge en voulant faire avaler au corps électoral helvétique une nouvelle mouture d'une provende à laquelle nos concitoyens sont généralement allergiques.

Je me permettrai de rappeler ici quelques-uns des articles fondamentaux de la constitution fédérale qui régissent notre pays – de manière ô combien bénéfique – depuis plus d'un siècle. Article 2: «La Confédération a pour but d'assurer l'indépendance de la patrie contre l'étranger, de maintenir la tranquillité et l'ordre à l'intérieur, de protéger les libertés et les droits des Confédérés et d'accroître leur prospérité com-

mune.» Article 18, 1^{er} alinéa: «Tout Suisse est tenu au service militaire.»

Or la nouvelle initiative pour un authentique service civil, fondé sur la preuve par l'acte, entend ouvrir la voie à un véritable libre choix entre service militaire, tel que nous le connaissons, et un service civil aux modalités les plus disparates. Même si l'on nous affirme que la durée de ce service civil garantira le sérieux de la démarche des objecteurs, cela n'enlèvera rien à son défaut fondamental qui consiste à remettre en cause de manière inacceptable, selon nous, le principe de l'armée de milice propre à notre génie politique, mais aussi celui de la défense générale du pays et celui de l'égalité de tous les Suisses devant la loi. Nous ne pouvons suivre certains beaux esprits de chez nous, comme certains rhéteurs de ce parlement, qui nient qu'un libre choix entre le service civil et le service militaire affaiblirait la solidarité et la crédibilité de notre armée et tout autant notre politique de dissuasion. On fait valoir aussi, dans quelques milieux religieux et humanitaires, que l'attachement à la défense nationale est suffisamment ancré dans les réflexes du peuple suisse pour que nous puissions admettre un statut spécial au bénéfice de minoritaires qui, eux, n'hésitent pas à abuser de sophismes passionnels ne visant en fait qu'à déstabiliser nos institutions.

Quant à nous, nous persistons à penser qu'un petit pays pacifique comme le nôtre, à vocation de liberté, de neutralité et d'indépendance, aurait tout à perdre dans la dilution d'un système de défense reconnu loin à la ronde et qu'un tel changement ne constituerait en aucune façon un facteur de paix dans le monde, ni de solidarité internationale. Il semble aussi indispensable de relever que les circonstances actuelles, notamment les tensions est-ouest, ne favorisent en aucune façon l'acceptation d'une telle initiative. En effet, le travail de certaines puissances, qui gonflent les effectifs de leur mission diplomatique, ne consiste pas seulement à déceler nos plans de défense ou à comptabiliser notre armement, mais aussi et surtout à sonder la volonté et la capacité de notre pays, de ses autorités et de sa population, en un mot à défendre notre patrimoine matériel, spirituel et politique.

Dans ce contexte, le rejet par le Parlement comme par le peuple suisse d'une démarche particulièrement inopportune constituerait assurément une incontestable démonstration de dissuasion aux yeux de l'étranger. C'est pourquoi nous suivons le Conseil fédéral comme le Conseil des Etats dans leur rejet, sans contre-projet, de l'initiative populaire pour un authentique service civil, tout en nous proposant d'intervenir à nouveau lors de l'examen de détail à l'article 18^{bis} nouveau notamment.

Braunschweig: Ich trete vorerst für einen der Gegenvorschläge in der Formulierung Zwygart oder Ott ein und behalte mir vor, in der Detailberatung meinen Antrag auf Zustimmung zur Initiative zu begründen (falls dies noch nötig sein sollte).

Persönlich habe ich beides erlebt, den Militärdienst als Sanitätssoldat sowie den freiwilligen Zivildienst in der Schweiz und im Ausland. Ich erinnere mich an meine Dienste in Chandolin oder Blitzingen im Kanton Wallis, Bergün oder Andist in Graubünden, Zivildienste in Genf oder im Berner Oberland. Später, als ich Erfahrungen gesammelt hatte, wurde ich nach Griechenland und Nordafrika delegiert. Wir waren im Strassen- und im Wasserleitungsbau tätig, in verschiedenen Heimen – für Kinder, für Behinderte –, bei Aufräumarbeiten nach Naturkatastrophen in unseren Bergen oder nach Erdbeben.

Aufgrund dieser Erfahrungen kann ich sagen: Ich habe den Zivildienst wesentlich anstrengender erlebt als den Militärdienst. Er war physisch und psychisch strapazierender. Wir waren gegenüber Soldaten schlechter gestellt in bezug auf Sold, Erwerbsersatz, Unterkunft und Verpflegung. Und ich erinnere mich auch an den Tod einer Mitarbeiterin in Algerien, die einer Krankheit zum Opfer gefallen ist, und an die Ermordung unseres Verantwortlichen, eines Schweizer, und seiner Freundin, in Algerien, als Opfer der damaligen inneralgerischen Auseinandersetzungen.

Für mich ist der Vorwurf der freien Wahl besonders unverständlich, der sich zum wichtigsten Gegenargument herauskristallisiert hat, obwohl ja zunächst in der Initiative 18 Monate und später im Gegenvorschlag sogar 24 Monate anstelle der 12 Monate Militärdienstzeit vorgeschlagen worden sind. Unter diesen Umständen von freier Wahl zu sprechen, das scheint mir boshaft zu sein, und der angebliche Widerspruch wurde auch von einzelnen Votanten recht begierig aufgenommen. Der Konsument, der in einem Geschäft den doppelten Preis für die gleiche Ware bezahlen muss, hat nicht den Eindruck, dass er vor einer freien Wahl stehe.

Welch seltsames Freiheitsverständnis! Wegen dieser Rechtsungleichheit kann ich dem Gegenvorschlag nur mit Bedenken zustimmen. Aber ich tue es; das ist mein Beitrag zum Kompromiss. Ich wäre dankbar, wenn andere auch einen Beitrag dazu leisten könnten.

Wer bereit ist, beträchtliche Nachteile in Form von Mehrleistungen und Diskriminierung auf sich zu nehmen, hat immer die Freiheit, etwas zu tun oder zu lassen, auch in einem unfreiheitlichen Staat oder in einer unfreiheitlichen Gesellschaft. Freiheit heisst doch, dass wir keine Nachteile erleiden müssen, wenn wir uns frei entscheiden. Ob ein Staat freiheitlich ist, zeigt sich nicht an der Freiheit der Mehrheit oder der Mächtigen. Die Mächtigen, die in der Demokratie mit der Mehrheit zusammenfallen sollten, haben immer die Freiheit; und wenn sie die Freiheit nicht haben, dann nehmen sie sich diese.

Freiheitlichkeit eines Staates oder einer Gesellschaft misst sich an Stellung und Behandlung der Minderheiten! Das antwortete ich besonders dem Sprecher der liberalen Fraktion, der auffällig kleinkariert, ängstlich und unfreiheitlich argumentiert hat. So freiheitlich und gleichberechtigt, wie wir Militärdienstverweigerer, Flüchtlinge, Jenische oder andere Minderheiten behandeln, so freiheitlich und gerecht sind wir.

1982 haben wir 729 «Dissidente aus Gesinnungsgründung» verurteilt und als religiös oder politisch Verfolgte ins Gefängnis gesteckt. Viele andere haben wir dem Psychiater zugeführt. In der Kommission hat man mir geantwortet, es seien nicht 729, sondern nur 356 politisch Verfolgte gewesen. 356 Menschen in einem Jahr in einem Kleinstaat aus religiösen und ethischen Gründen ins Gefängnis zu stecken, heisst, 356 Menschen zuviel ins Gefängnis zu stecken!

Pini: Sentiamo un po' tutti che non è facile in questo dibattito – non lo era nemmeno prima, non lo sarà certamente domani – uscire facilmente dalle nubi dell'emozione, umana, che questo problema da troppo tempo solleva. Necessita, a mio modo di vedere, urgentemente una soluzione: una soluzione concreta, valida, non solo a livello umano per i conflitti profondi che agitano i giovani oggi davanti agli imperativi del servizio militare, ma anche, persuasivamente, nel quadro politico e nel quadro costituzionale. Le soluzioni prospettate non trovano la mia adesione. In particolare il rifiuto dell'iniziativa è da parte mia motivato dal fatto che essa non fissa una distinzione di causa riguardo all'obiezione di coscienza: essa generalizza per contro il rifiuto puro e semplice al servizio militare. Questa tesi, portata davanti non tanto al parlamento, ma domani davanti al popolo per la riforma della norma costituzionale, sarebbe ancora una volta votata al fallimento. Anche il controprogetto, per chi vi parla, non porta a argomentazioni convincenti: non convince pienamente in quanto non specifica quei settori della difesa generale del paese che non attengono all'armata.

Voglio qui sottolineare un'aspetto che mi sembra fondamentale. Si è contestato, e si contesta soprattutto da parte dell'obiettore, che la soluzione non può essere ritrovata nell'ambito della difesa generale, quasi, quest'ultima avesse unicamente attinenza nel quadro del servizio armato. Io devo qui rifiutare questa tesi. La difesa generale del Paese non è solamente difesa armata. Abbiamo la difesa econo-

mica, abbiamo una difesa civile e abbiamo anche una difesa morale. Io sento che noi possiamo raggiungere il punto di persuasione, sia nel quadro del parlamento – ma in particolare a livello popolare – se la soluzione per le conflittualità di coscienza la ritroviamo nel quadro della difesa generale, proprio in quei settori che non sono attinenti all'organizzazione armata della nostra difesa.

Il confronto, mi rendo perfettamente conto, non è facile. Abbiamo delle tesi opposte, le tesi della ragione, le tesi dell'uomo, dell'individuo, della sua intima coscienza e dall'altra parte gli imperativi dello stato di diritto, gli imperativi di una costituzione che non abbiamo solo inventato noi in questo parlamento, ma che scaturisce da una volontà molto precisa e storica del popolo svizzero. Ecco, perché rifiutando l'iniziativa, rifiutando anche il controprogetto, chi vi parla sostiene la mozione, rammaricandosi tuttavia che al di là della giusta indicazione di depenalizzare finalmente l'obiezione di coscienza, di togliere gli obiettori dal giudizio del tribunale, non propone al Consiglio federale, perentoriamente, la definizione di una soluzione concreta, dove l'obiettore può operare, dove all'obiettore si può aprire finalmente la porta per un suo inserimento attivo, non per una sua emarginazione, una sua frustrazione causata dal giudizio penale per il fatto che la conflittualità di coscienza l'ha portato a rifiutare le armi.

Colleghi, termino qui, per il tempo breve datomi a mia disposizione dicendo: è già tardi, è troppo tardi, occorre ora passare a un'azione concreta nel determinare la giusta soluzione. Essa non può essere ritrovata se non nella realtà costituzionale del paese, perché il popolo dovrà aderire ed essere persuaso della soluzione proposta. Invito pertanto il Consiglio federale, e soprattutto il Dipartimento militare federale, a trovare e portare davanti al Parlamento una alternativa valida, dove l'obiettore di coscienza vero, per la verità della sua intima conflittualità, trovi la porta aperta per un servizio sostitutivo civile nel quadro della difesa generale del Paese.

Wyss: Ich lehne die Initiative und die vorliegenden Gegenvorschläge ab, weil die freie Wahl zwischen Wehrpflicht und Zivildienst, in welcher Form auch immer, nach meiner Ansicht nicht in Frage kommt. Ich werde hingegen die Motion der Kommission unterstützen, weil ich davon überzeugt bin, dass mit einer Gesetzesänderung eine Lösung gefunden werden kann: eine Gesetzesänderung, welche den Tatbestand auf der Basis der religiösen und ethischen Verweigerung entkriminalisiert, aber nach wie vor eine Strafe vorsieht für denjenigen, der auch den Zivildienst (obwohl er vielleicht als Lösung den sogenannten Tatbeweis gewählt hat) nicht erfüllt. Entscheidend ist für mich, und das möchte ich den Juristen hier sagen, dass jemand vorher klar sagt, er wolle den Tatbeweis erbringen und es dann auch tut.

Das Militärdienstverweigerungsproblem steht aber auch noch im Zusammenhang mit anderen Problemkreisen, die ich kurz erörtern will; die meines Erachtens hier zu wenig Beachtung gefunden haben. Ich bin nämlich gegen die freie Wahl, weil ich an die etwa 35 000 Rekruten jährlich denke, die ihre RS bis zum Ende absolvieren. Ich bin der Meinung, dass es höchste Zeit ist, die differenzierte Diensttauglichkeit einzuführen und den waffenlosen Dienst so durchzuführen, wie er vorgesehen ist. Ich bitte deshalb den Departementsvorsteher, dort, wo dies noch nicht geschehen ist, durchzugreifen. Vor allem gilt es, Massnahmen zu treffen und die medizinische Ausmusterung strenger zu handhaben.

Hier einige Probleme: Es erschreckt mich, wenn 1982 von den rund 52 000 Aushebungspflichtigen 46 000 endgültig beurteilt werden konnten und von diesen letzteren nur 41 000 als diensttauglich befunden wurden, während 1200 als HD-tauglich und damit 3800 als dienstuntauglich bezeichnet wurden. Dabei ist daran zu erinnern, dass die Tauglichkeitsquoten zwischen den Kantonen schwanken; sie lagen in den Jahren 1981 und 1982 zwischen 83,4 und 92,8 Prozent. Sie sehen die Unterschiede in den Kantonen. Von denjenigen, die dann in die RS einrücken, fallen wieder

2000 bis 3000 bzw. 7,6 Prozent pro Jahr aus medizinischen Gründen aus. Anders ausgedrückt: Die Bestandesverluste eines Geburtsjahrganges, d.h. gezählt von der Geburt an bis zur Einteilung in eine Einheit (nach bestandener RS), machen 23,5 Prozent aus; es werden also nur noch 76,5 Prozent eines Geburtsjahrganges in die Armee eingeteilt. Auch während der Wehrpflicht fallen dann pro Jahr noch einige Prozente weg. Das sind doch alarmierende Zahlen! Sie müssen uns – wenn wir über Volksgesundheit sprechen – zu denken geben. Das sind Zahlen, die man auch mit den anderen Fragen in einen Konnex stellen muss. Ich nannte sie, um einmal zu zeigen, wo man auch ansetzen muss. Auch dieses Problem harrt einer Lösung.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass die Militärdienstverweigerungsprobleme rasch gelöst werden müssen, und zwar mit einem gut organisierten Zivildienst. Die Basis ist die Motion, wie ich schon sagte. Zudem sind raschmöglichst Massnahmen zu treffen für eine differenzierte Diensttauglichkeit, für eine gerechtere Beurteilung bei der medizinischen Ausmusterung – ich habe Ihnen die Gründe gesagt –, und zwar in allen Kantonen; für den waffenlosen Dienst sind klare Regelungen einzuführen. Nur so kann, wenn dieses Wort überhaupt möglich ist, eine Art «Wehrpflichtgerechtigkeit» erzielt werden.

M. Borel: Dans certains secteurs de notre vie politique, l'électeur suisse a l'occasion de manifester son intolérance. Il manque tout particulièrement de tolérance lorsqu'il s'agit d'accorder un statut raisonnable et humain aux étrangers qui vivent et travaillent chez nous, d'une part, et aux citoyens à qui leur conscience interdit de faire du service militaire, d'autre part.

Pour le statut des étrangers, l'essentiel du monde politique monte aux barricades pour combattre la xénophobie du peuple suisse.

Pour le statut des objecteurs, par contre, la gauche se retrouve bien seule pour chercher une solution humaine et raisonnable. Il est vrai que les étrangers rapportent plus que les objecteurs.

Le *statu quo ante* que nous propose une minorité de la commission est-il acceptable? En refusant le service militaire, une infime minorité de citoyens nous posent un certain nombre de questions fondamentales. Ce faisant, ils nous rendent un service important qui mérite mieux que la prison comme réponse. Et que l'on cesse de nous rebattre les oreilles en opposant aux objecteurs l'immense majorité de ceux qui, soi-disant, se dévouent au service du pays en accomplissant leur service militaire! Ceux qui veulent bien enlever leurs œillères savent que beaucoup de citoyens-soldats commencent leur école de recrues ou leur cours de répétition avec la ferme intention d'en faire le moins possible et considèrent que l'esprit d'initiative et l'effort volontaire sont incompatibles avec le port de l'uniforme.

Le contre-projet que nous propose la majorité n'est pas non plus acceptable car il n'est qu'un simulacre de solution qui ne résoudra rien. On ne tend pas la main en la gardant dans sa poche.

Un groupe de travail a élaboré un véritable contre-projet, sous l'égide des Eglises. Cette proposition a été reprise par M. Zwygart et mériterait d'être acceptée par notre conseil. Il convient de saluer cet effort des Eglises de chercher une solution en regroupant, au sein d'un même groupe de travail, des personnes de bonne volonté venant de divers horizons. On peut en particulier saluer la participation à cette réflexion d'un commandant de corps à disposition, commandant de corps représentant d'une génération de hauts responsables de notre armée qui étaient, eux, ouverts au dialogue et plus soucieux de convaincre que d'imposer. Je crois savoir qu'une majorité d'entre vous tient beaucoup à ce que subsistent, au début de notre constitution fédérale, les termes «au nom de Dieu tout-puissant». D'autre part, bon nombre d'entre vous ont, comme moi, prêté serment plutôt que de faire la promesse, pour manifester ainsi leur attachement à leurs convictions religieuses. Mais il ne suffit pas d'invoquer Dieu, encore faudrait-il parfois être sensibles

au message de ses ministres ici-bas. Ceux-ci nous proposent une solution humaine et raisonnable, écoutons-les, suivons leurs conseils et votons en faveur de la proposition de M. Zwygart.

Nussbaumer: Die vorliegende Initiative, aber auch der gemeinsame Gegenvorschlag werden geringe oder keine Chancen haben, vom Schweizervolk akzeptiert zu werden. Es ist schade, dass das überstürzte Vorgehen der gemischten Arbeitsgruppe die Gefahr in sich birgt, ein doppeltes Nein und damit eine Vertagung der Frage auf Jahre hinaus zu bringen, denn auch der Gegenvorschlag enthält zwei grosse Mängel.

1. Mit dem Tatbeweis allein kann ich mich nicht zufrieden geben. Die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, für die wir eine Lösung finden müssen, und die Drückeberger, welche keinen Militärdienst leisten wollen, müssen ausgesondert werden. Es ist den Verweigerern aus Gewissensgründen nicht zuzumuten, einen Ersatzdienst an der Seite jener renitenten Elemente leisten zu müssen, die für unseren Staat und seine Sicherheit nichts übrig haben. Nach meiner Ansicht müssten die Verweigerer aus Gewissensgründen durch einen Aushebungsausschuss festgestellt werden. Das hat nichts mit Inquisition zu tun, Herr Ott.

2. Wir können doch unserem Volk keine Ersatzdienstvorlage unterbreiten, die wir nicht konkretisiert haben. Die vordringlichste Aufgabe ist die Schaffung eines konkreten Zivildienstmodells, das auch die differenzierte Diensttauglichkeit miteinschliesst. Zu diesem Zweck sind grosse Vorarbeiten notwendig. Der Bundesrat sollte unverzüglich diese Arbeiten an die Hand nehmen.

Darf ich mich zur Konkretisierung noch kurz äussern: Für mich ist es klar, dass der Zivildienst in einer Zivildienstgrundschule im Verband geleistet werden muss. Die Vorstellungen, die man seinerzeit bei der Münchensteiner Initiative hatte, genügen nicht. Ich bin auch gegen die zunehmende Eingliederung Waffenloser in die Armee. Wer keine Waffe trägt, ist kein Soldat. Ich stelle mir eine Zivildienstorganisation vor, deren Zweck verbunden wäre mit den Aufgaben, die im Zivilschutz und im Luftschutz anfallen. Daher müsste geprüft werden, ob der Luftschutz nicht aus der Armee herauszulösen wäre. Der Zweck des Zivildienstes wäre, der Zivilbevölkerung in bedrängten Zeiten und bei Naturkatastrophen zu helfen. Dieses Ziel könnte erreicht werden mit der Aufstellung verschiedener Formationen. Alle Formationen müssten über eine sehr gründliche AC-Grundschulung verfügen. Hinzu käme die Spezialisierung als Zivildienstmotorfahrer, als Zivildienstsanitäter, als Zivildienstverbindungsleute, bei einem Zivildienstbaudetachment oder der Feuerwehr; ausserdem braucht es Verpflegungsformationen und Informationsdienste, Betreuungsdienste und ein Katastrophenhilfskorps. Ferner wären Spezialisten für den Gasschutz in Kollektivschutzräumen heranzubilden. Es fehlt nicht an Aufgaben. Diese müssten aber in einem klaren Modell vorgestellt werden, wobei es auch darum ginge, eine Ausbildungsstätte zu finden. Es wäre wohl möglich, eine Kaserne mit Übungsgelände aus der Armee herauszulösen und dem Zivildienst zur Verfügung zu stellen. Wenn dieser Dienst straff organisiert wird, braucht es keine doppelte Dienstdauer. Er könnte ähnlich wie der Dienst in der Armee gestaltet werden. Eine solche Ausbildung erfordert die Anstellung entsprechender Instruktoressen oder Instruktorinnen. Wenn wir den letzten Zwischenbericht zum Stand des Zivilschutzes durchlesen, stellen wir dort grosse Mängel fest: die Grundausbildung fehlt. Ich setze voraus, dass diese Leute, die dann Zivildienst leisten würden, volle Arbeitskräfte sein werden. Es ist daher falsch, wenn von Seiten der Leute, die heute im Zivilschutz tätig sind, Vorbehalte angebracht werden. Der Zivilschutz leidet unter Personalmangel. Er verfügt über sehr viel Material, das wegen der fehlenden Personalbestände nicht richtig eingesetzt werden kann. Es befriedigt auch nicht, wenn ältere Wehrmänner und Offiziere zum Zivilschutz umgeteilt werden müssen. Wir brauchen Leute, die über eine breite Grundausbildung verfügen.

Ich wäre froh, wenn der Gegenvorschlag zurückgezogen würde, damit der Bundesrat Gelegenheit bekommt, eine spezielle Organisation, eine Zivildienstorganisation, auszuarbeiten.

Zum Schluss bitte ich Sie, der Kommissionsmotion zuzustimmen.

M. Darbellay: Le problème qui se pose à nous est difficile. Nous avons un mandat très net émanant non seulement de la constitution, mais aussi du peuple: nous devons assurer la défense de ce pays. Or, dans les circonstances internationales actuelles, cela revient à assumer la défense armée. Nous n'avons pas le choix. Il est donc non seulement légitime, mais nécessaire de considérer que, d'une manière générale, chaque citoyen suisse doit servir son pays, au besoin par les armes.

Il est un autre fait, non moins contestable: les objecteurs de conscience existent, ils sont 500, 600, 700. Comme M. Geissbühler nous l'a précisé hier, nous leur laissons déjà aujourd'hui le libre choix, mais seulement entre le service militaire et la prison! Ne pourrions-nous faire mieux que de leur offrir la prison? Nous nous passons ainsi du service de ces personnes, en risquant fort d'en faire des aigris et de mauvais citoyens.

Le groupe de travail qui s'est occupé de nous présenter une solution a étudié fort sérieusement le problème et il nous propose la preuve par l'acte. Le libre choix demeure, mais il est pesé: il n'est pas indifférent, lorsqu'on a 20 ans, de faire quatre mois de service militaire ou de consacrer huit mois au service de son pays. Il n'est pas indifférent non plus, lorsqu'on a entre 20 et 28 ans, d'accomplir chaque année six semaines de service au lieu de trois. De cette manière, on évite d'avoir affaire à ce que l'on pourrait appeler «des filibustiers»: les personnes qui sont d'accord de faire cet effort prouvent par là qu'elles ont quelque chose à nous offrir et nous devrions en tenir compte.

On nous déclare que tout n'est pas prêt. N'oublions pas que nous travaillons aujourd'hui au niveau constitutionnel, et que nous sommes habilités à établir ensuite la législation en la matière. Or, si certains ne font pas confiance à ce Parlement, nous, nous faisons confiance! En l'occurrence, nous savons que la législation ne pourra être débonnaire. En définitive, c'est nous qui sommes appelés à faire la preuve par l'acte! Si nous légiférons de manière adéquate, le nombre d'objecteurs de conscience n'augmentera pas considérablement. La preuve par l'acte sera faite. Si le nombre des objecteurs augmente par trop, cela signifiera que la législation a été mal faite et, à ce moment-là, nous avons tout en main pour la reprendre et pour rectifier le tir.

Par conséquent, je vous invite à faire le premier pas qui nous est demandé aujourd'hui, soit à jeter les bases constitutionnelles et, par le fait même, à entrer en matière sur le contre-projet.

Oehen: Ich lege Wert darauf, Ihnen die Haltung unserer Partei in aller Kürze bekannt zu geben, ohne Wiederholung der bisherigen Debatte.

Wir sind uns sehr bewusst, dass die politische Unabhängigkeit, die Selbständigkeit unseres Landes und Volkes auf verschiedene Weise verloren werden kann. Ich erinnere an die aus dieser Sicht resultierende klare Haltung der Nationalen Aktion zu Fragen der internationalen Bindungen, zur wirtschaftlichen Verflechtung, zur Überfremdung von Boden, Kapital und Bevölkerung. Zur sicherheitspolitischen Frage haben wir uns auf folgende Haltung festgelegt:

Wir sind der Meinung, dass der schweizerische Kleinstaat eine gute Grundlage für die Entwicklung einer menschengerechten Gesellschaft auch in Notzeiten bildet. Und diese Gesellschaft, dieser Kleinstaat sind verteidigungswürdig. Aus der bewaffneten Neutralität ergeben sich zwingend Verpflichtungen, zu deren Erfüllung wir eine kampfkraftige Armee mit der Fähigkeit benötigen, das Land wirksam zu schützen. Aus dieser Überlegung fordern wir eine Ausbildung und Ausrüstung unseres Milizheeres, die jeden möglichen Feind vor einem Angriff abschrecken, weil er mit einem

zu hohen Eintrittspreis in unser Land rechnen muss. Wir fordern die Sicherung einer angemessenen Rüstungsindustrie, und wir halten unbedingt an der allgemeinen Wehrpflicht fest. Wir verlangen aber auch geeignete Massnahmen zur Stärkung des Willens, für unser Land die notwendigen Opfer zu bringen, und wir sind der Meinung, es sei an der Zeit, gegen das Eindringen staats- und armeefeindlicher Personen in unseren öffentlichen Institutionen anzugehen. Daraus ergibt sich die klare Ablehnung der vorliegenden Initiative. Wenn wir zudem die Vorgeschichte und die Rahmenbedingungen dieses Vorschlages würdigen, d.h. die Haltung der Initianten zur Kenntnis nehmen, können wir lediglich nein sagen, und zwar nein zur Initiative, nein zu den Gegenvorschlägen, nein zur weichen Welle, die sich anscheinend auch in unserem Rate ausbreitet. Meine Damen und Herren, die Sie dem Zivildienst positiv gegenüberstehen, merken Sie denn nicht, dass Sie genau wie viele, allzu viele Jugendliche schlicht und einfach der Friedenspropaganda der östlichen aggressiven Imperialisten auf den Leim kriechen? Diese propagieren im Westen den Pazifismus und behandeln Pazifisten im eigenen Herrschaftsbereich als Verbrecher gegen die Interessen ihrer Gesellschaft und ihres Staates. Der waffenlose Dienst für Leute mit religiösen Problemen ist in Ordnung. Auch eine Änderung des Militärstrafgesetzes im Sinne der Motion der Kommission kann akzeptiert werden, aber alles andere ist im Interesse unserer Sicherheit auf militärischem Gebiet abzulehnen. Wer die Freiheit hochschätzt – und dies vor allem an die Adresse von Herrn Kollega Braunschweig –, muss bereit sein, für die Freiheit einzustehen, für sie Opfer zu bringen. Er kann den Einsatz für die Freiheit notfalls mit dem Leben nicht einfach den anderen überlassen, sonst wird er eben die Freiheit verlieren. Ich bin persönlich mit den Ausführungen des Bundesrates in seiner Botschaft voll einverstanden und empfehle Ihnen, dem Antrag Geissbühler, d.h. dem Bundes- und Ständerat zuzustimmen und alle anderen Anträge mit Ausnahme der Motion der Kommission abzulehnen.

Humbel: Zuerst an die Adresse von Kollege Wyss: Wir sind natürlich auch froh über die mehr als 100 Millionen Bruttoeinnahmen beim Militärflichtersatz.

Zum Thema: Ich persönlich bin eigentlich überrascht, dass die Behandlung dieses Geschäftes dem Vorsteher des Militärdepartementes zugeteilt worden ist. Da liegt doch eine gewisse Interessenkollision drin. Herr Bundesrat Chevallaz: Sie möchten doch, wie wir eigentlich auch, alle 20jährigen Männer in unserer Armee eingeteilt wissen.

Eine zweite Feststellung zu den Gründen der Militärdienstverweigerer: Religiöse und ethische Gründe kann ich anerkennen; ich verstehe das. Aber wenn von 729 Militärdienstverweigerern im letzten Jahre deren 116 als Grund «Angst vor Unterordnung» angeben und 33 sogar «Furcht vor Anstrengungen und Gefahren», dann muss uns das doch alle nachdenklich stimmen. Fast ein Viertel haben diese Gründe angegeben. Was sind das für junge Burschen? Es tönt so, wie wenn man sich in der Schule, im Betrieb, in der Firma nicht einordnen, ja auch nicht unterordnen müsste. Überall muss es doch eine Ordnung geben. Wo liegen denn die Gründe? Es wäre interessant, diesen Gründen nachzugehen. Liegt es bei den Eltern, der Erziehung, liegt es an den Schulen, in der Familie, an unserer Gesellschaft, an den Medien? Mit diesen Ursachen, mit den Zusammenhängen, müssten wir uns auch beschäftigen.

Und nun zu meinen Fragen: Wohl hat der Bundesrat in seiner Botschaft vom Juni 1976 eine Skizze über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes dargestellt. Ich weiss zwar, dass es bei diesem Geschäft um Grundsätze für unsere Verfassung geht. Und dennoch stelle ich vier Fragen. Eine erste: Wie wird eigentlich diese doppelte Länge des Zivildienstes berechnet? Wo ist der Ausgangspunkt, bei der Dienstzeit des Soldaten, beim Korporal oder woanders? Wenn aber der gesamte Zivildienst in Friedenszeiten geleistet worden ist, wie steht es dann im Kriegsfall? Diese Frage hat Kollege Graf schon hier gestellt. Ich könnte mir

sogar vorstellen, dass es dann noch zu Zivildienstverweigerern kommen würde.

Zweite Frage: Wie steht es mit der Erwerbsersatzordnung? Diese muss doch auch entsprechend ergänzt werden.

Zur Frage der Organisation des Ersatzdienstes: Wie wird die Organisation aufgebaut? Wieviel Personal ist nötig? Wie steht es mit der Ausbildung? Es braucht auch Ausbilder. Kollege Nussbaumer hat das erwähnt. Welches Departement ist zuständig? Liegen überhaupt Modelle vor? Liegt ein Konzept vor? Ich muss gestehen, es sind in dieser Debatte einige interessante Ideen aufgezeigt worden.

Und schliesslich zur vierten Frage: Kostenpunkt. Wieviel kostet denn dieser Zivildienst den Bund jährlich, zum Beispiel für 1000 Verweigerer bzw. Zivildienstleistende, für 2000, für 3000 usw.?

Ich habe einige Detailfragen gestellt. Ich benötige die Antworten für die Entscheidungsbildung. Noch vieles ist doch unbekannt.

Ich danke den Kommissionssprechern und Herrn Bundesrat Chevallaz für nähere Ausführungen.

Merz, Berichterstatter: Lassen Sie mich zu dieser ausgedehnten Debatte kurz folgendes bemerken:

Ich stelle zunächst fest, dass das Spektrum der Meinungen erwartungsgemäss von der bedingungslosen Anerkennung der Volksinitiative bis zum Vorwurf reicht, die Initianten selbst seien daran schuld, dass noch keine Lösung habe gefunden werden können. Ich glaube, es wäre bei diesem weiten Spektrum zwecklos, sich mit allen diesen Meinungen im einzelnen auseinandersetzen zu wollen. Ich beschränke mich deshalb bewusst auf einige generelle Bemerkungen.

Wer 1976 die Beratungen über die sogenannte Münchener Initiative hier in diesem Saal miterlebt hat – es dürften einige unter Ihnen sein –, stellt zwischen der damaligen und der heutigen Diskussion unschwer ein gewaltiges Gefälle fest. Den Unterschied empfinde ich persönlich darin, dass seinerzeit sowohl von seiten des Bundesrates wie auch von seiten des Parlamentes – zumindest im Nationalrat – sichtbar danach gerungen worden ist, eine Regelung des Dienstverweigererproblems zu finden. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang, stellvertretend für vieles, an den Antrag der Herren Condrau und Dürrenmatt, der über alle Parteischränken hinweg ein geradezu heiliges Feuer zu entfachen vermochte und der der heutigen Lösung des Gegenvorschlages sehr nahe steht. Im Gegensatz zu Herrn Zwygart bin ich sogar der Meinung, dass wir damals einer Lösung näher standen, als wir es heute tun. Demgegenüber erscheint die gestrige und heutige Debatte wie ein Grabenkrieg. Man versichert zwar – dies ist wiederholt festgestellt worden, hüben und drüben –, wie sehr man an einer Lösung interessiert wäre; doch wenn es dann an die konkrete Ausarbeitung eines Lösungsvorschlages geht, verharrt man auf seiner eigenen Position. Jeder Versuch, eine Brücke zu schlagen – und das ist ja letztlich der Gegenvorschlag –, wird abgeblockt, und diese Brücke kann doch nur aus Toleranz und Kompromissbereitschaft aufgebaut sein, wenn sie überhaupt wirklich tragfähig sein soll.

Das eigentliche trennende Element – das hat sich nun in der Debatte deutlich gezeigt – besteht darin, dass für viele in diesem Rat nur derjenige zum Zivildienst zugelassen werden soll, dessen Gründe für die Verweigerung in einem formellen Verfahren geprüft und von Dritten als achtenswert qualifiziert werden. Sie müssen religiös und ethisch sein. Man hält hier also an etwas fest, was sich bis heute nicht bewährt hat. Und all denjenigen, die hier vorne nun das Hohelied dieses bereits praktizierten Untersuchungsverfahrens angestimmt haben, möchte ich zu bedenken geben, dass sich die Motive eines Dienstverweigerers letztlich nicht herauschälen lassen wie der Kern aus einer Nuss. Bitte denken Sie doch daran, dass im militärgerichtlichen Untersuchungsverfahren – ich habe hier persönliche Erfahrungen – der Dienstverweigerer in der Regel einzig einen Untersuchungsrichter sowie einen Gerichtsschreiber zu Gesicht bekommt. Diese beiden dafür eingesetzten Personen werden ihn zwar mindestens zweimal zur Sache befragen.

Obwohl ich nun die Arbeit dieser Untersuchungsrichter in keiner Weise anzweifeln will, ist doch einfach zu sagen, dass es sich vorwiegend um jüngere Leute der Militärjustiz handelt, die gemeinhin noch nicht über eine so grosse Lebenserfahrung verfügen, um derart schwere Gewissenskonflikte – auch in den Akten – deutlich machen zu können; denn letztlich wird ja das Einvernahmeprotokoll diktiert. Der Auditor, der militärische Vertreter der Anklage, sieht den Angeklagten in der Regel erstmals vor den Schranken des Gerichtes. Er hat also keine persönlichen Kontakte mit dem Angeklagten, sofern es sich nicht um einen Auditor handelt, der diese Frage sehr ernst nimmt. Er kennt also diesen Dienstverweigerer lediglich aus den Akten und hat sich sein Bild somit vorab aufgrund der Einvernahmeprotokolle, polizeilicher Leumundsberichte und möglicherweise aufgrund eines psychiatrischen Gutachtens zu machen.

Das Militärgericht schliesslich sieht zwar den Dienstverweigerer persönlich, kann ihn auch in der Verhandlung persönlich befragen, aber es wird wohl doch nun wirklich niemand im Ernst behaupten wollen, dass in einer etwa ein- bis zweistündigen Gerichtsverhandlung mit Verlesen der Akten, Plädoyers der Parteivertreter usw. der Charakter des Angeklagten klar beurteilt werden könne. Es mag zwar hin und wieder solche Fälle geben, doch sie bilden meines Erachtens die Ausnahme. Ich kann Ihnen auch aus der Erfahrung eines Militärrichters sagen, dass wohl kaum jemals soviel Theater gespielt wird wie vor Strafgerichten. Das gilt nun sowohl für die bürgerlichen wie für die militärischen Gerichte. Da werden Ideen vertreten, da wird vielleicht versucht, eine politische Ablehnung auch mit religiösen und ethischen Gesichtspunkten zu verbrämen, da windet man sich gewissermassen in Seelenqualen vor dem Gericht, prostituiert sich geradezu. Es ist hier an diesem Podium bereits angeführt worden, dass es auch jene Leute gibt, die sich einfach nicht mitteilen können. Ich bitte Sie, das zu bedenken, wenn hier immer wieder gesagt wird, dass dieses Prüfungsverfahren das einzig wahre sei und die Lösung des Problems darstelle.

Solange wir diese Hürde des formellen Prüfungsverfahrens nicht zu überspringen vermögen – und das ist offensichtlich bei einer grossen Anzahl der hier Anwesenden der Fall –, solange werden sich Zivildienstbefürworter und Zivildienstgegner offenbar ergebnislos gegenüberstehen müssen. Dies ist für mich die bittere Erkenntnis aus der hinter uns liegenden Debatte.

Bei dieser Ausgangssituation und bei diesen starren Fronten scheint es denn auch völlig sinnlos zu sein, im Sinne von Herrn Crevoisier die Sache an die Kommission zurückweisen zu wollen, es sei denn, man beabsichtige, das Geschäft zu schubladisieren. Das können wir nicht tun, Herr Crevoisier, und das dürfen wir auch mit Rücksicht auf die Initianten nicht tun. Am 13. Dezember dieses Jahres läuft ohnehin die dem Parlament vom Gesetz eingeräumte vierjährige Frist zur Behandlung dieses Geschäftes ab. Ich beantrage Ihnen aus diesem Grunde bereits jetzt, den Antrag Crevoisier abzulehnen. Ich bitte Sie vielmehr, heute materiell zu entscheiden, wobei ich mich namens der Mehrheit der Kommission nochmals für einen Gegenvorschlag ausspreche.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung an die Adresse von Herrn Weber-Schwyz. Herr Kollege, nachdem Sie mich bereits anlässlich der Kommissionssitzung vom 26. August wegen meines Vorgehens mit einigen Freundlichkeiten bedacht haben und ich Ihnen damals die Situation zu erklären versuchte, erheben Sie nun wiederum dieselben Vorwürfe. Ich gebe hier einfach nochmals zu Protokoll, dass ich die Kommission Mitte Juli auf die Sitzung vom 26. August 1983 aufmerksam machen liess. Selbst wer dann bis anfangs August in den Ferien weilte, konnte sich sicher noch entsprechend einrichten. Eine Zeitspanne von anderthalb Monaten sollte dafür wahrlich genügen. Eine Korrektur muss ich sodann hinsichtlich Ihrer Behauptung anbringen, ein Drittel der Kommission habe wegen meines eigenmächtigen Vorgehens ersetzt werden müssen. Was das eigenmächtige Vorgehen betrifft: Ich erinnere Sie daran, dass von Kollegen aus ihrer Mitte zwei Rückkommensanträge vorla-

gen. Ersetzt werden musste Herr Wyss durch Frau Spreng, eine Ersetzung, die problemlos verlaufen sein dürfte, denn Frau Spreng war 1973 in der Zivildienstangelegenheit Berichterstatlerin. Dann wurde Madame Pitteloud für Herrn Gloor eingesetzt, Frau Eppenberger-Nesslau für Herrn Vetsch. Was Sie nun da so besonders Merkwürdiges daran finden, weiss ich nicht, nachdem die geographischen und politischen Fäden gesponnen sein dürften. Herr Geissbühler ist für Herrn Rätz gekommen. Es waren also in einer Kommission von 23 Mitgliedern vier Leute zu ersetzen, und ich habe mir vom Sekretariat der Bundesversammlung sagen lassen, dass das nun wirklich keine ausserordentliche Situation ist. Nun noch zu den Fragen, die Herr Humbel an die Adresse der Kommission gestellt hat und von deren Beantwortung er offenbar seinen Entscheid über diese Vorlage abhängig machen will. Herr Humbel, der Wanderer, der die Marschrichtung festlegt, weiss in diesem Moment meistens auch noch nicht, wo er genau rasten will. Wer nun einen Verfassungsartikel verfasst, der verfügt in diesem Zeitpunkt noch nicht über sämtliche Bestimmungen, die alles und jedes im Detail regeln. Sie haben ja selbst darauf hingewiesen, dass der Bundesrat in der Vorlage von 1976, als er die Münchener Initiative konkretisierte, diese Punkte angeschnitten hat. Wenn Sie vor allem auf die Kosten verweisen, so kann ich nun wirklich nichts Gescheiteres tun, als Ihnen vorzulesen (es ist ganz kurz), was der Bundesrat damals gesagt hat. Ziffer 44 lautet: «Kosten des Ersatzdienstes: Es ist im heutigen Zeitpunkt unmöglich, schlüssige Angaben über die Kosten eines Ersatzdienstes zu machen. Diese sind einerseits abhängig von der Zahl der zum Ersatzdienst zugelassenen Wehrpflichtigen und andererseits von der Ausgestaltung und Durchführung dieses Dienstes.» Sie erwarten wohl kaum, dass die Kommission hier gescheitert sein sollte, als es der Bundesrat 1976 war. Ich nehme aber doch an, dass Bundesrat Chevallaz dazu noch etwas vertiefter Stellung nehmen wird.

Noch ganz zum Schluss ein Zitat von Prof. Werner Kägi. Ich bin mir bewusst, dass ich Sie damit nicht von Ihren Meinungen abbringen kann! Dieses Zitat stammt aus einem Vortrag, den Herr Prof. Kägi am 3. Juni 1967 unter dem Titel «Die Menschenrechte und ihre Verwirklichung» auf der Lenzburg gehalten hat: «Wir sind überzeugt, dass die Schweiz diesen Schritt so gut wie andere Staaten der freien Welt ohne jede Beeinträchtigung ihrer Wehrkraft tun kann. Den Drückbergern kommt man dadurch bei, dass man den Zivildienst sehr streng gestaltet. Die Tatsache, dass es sich bei den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen nur um eine kleine Zahl handelt, darf kein Grund sein, eine Lösung nicht zu suchen. Wo es um die Frage der Glaubens- und Gewissensfreiheit geht, muss auch der kleinsten Minderheit, die im übrigen die verfassungsmässige Ordnung bejaht, das Recht verschafft werden.»

M. Martin, rapporteur: Il ressort de ce débat intéressant une volonté manifeste – pratiquement tous les orateurs l'ont montré – de trouver une solution à ce problème lancinant qui, par le fait de sa durée, a pris une ampleur et une résonance trop importantes. Malheureusement, les solutions proposées nous semblent momentanément très éloignées d'un possible consensus. En résumant ces possibilités, nous nous trouvons en face de trois courants principaux:

1. La solution du Conseil fédéral adoptée par le Conseil des Etats, refuser d'entrer en matière sur le contre-projet présenté par une partie de la commission et recommander au peuple le rejet de l'initiative;
2. La proposition Crevoisier demande que le contre-projet présenté soit renvoyé à la commission avec pour mission d'élaborer, en collaborant avec les initiants, une solution qui leur permettrait de retirer leur initiative;
3. Enfin, par le biais d'une tactique de harcèlement, la présentation de contre-projets à peine différents les uns des autres mais gardant tous chaque fois leur caractéristique

essentielle, soit le libre choix et l'accomplissement du service en rapport avec les buts généraux de la Confédération. Ce qui constitue la principale pierre d'achoppement aux différentes solutions proposées c'est la preuve par l'acte ou comme évoqué le libre choix ou le service à la carte.

M. Ott a fait une très bonne démonstration sur le fonctionnement et la détermination personnelle de ce choix. Il oublie à mon avis les règles générales de l'Etat, c'est-à-dire notre constitution qui ne peut supporter de telles exceptions.

Il apparaît de plus en plus certain que la solution réunissant une majorité de notre Parlement passe par l'examen des motifs ou la procédure d'examen déterminant le refus de servir. Ce mode de faire pratiqué déjà aujourd'hui pour ceux qui désirent accomplir un service militaire non armé fonctionne parfaitement. Dès lors, la durée du service civil devient un élément secondaire. Il suffit que ce service de remplacement soit pour le moins équivalent tant sur le plan de la durée que sur celui de l'effort personnel afin de garder une égalité de traitement devant la loi, comme le prévoit l'article 4 de notre constitution.

L'exécution de ce service civil, largement évoqué à cette tribune, allant de l'engagement en faveur des vieillards en passant par l'environnement ou l'aide aux pays en voie de développement, devrait se cantonner dans le cadre de la défense générale. Il y a dans ce genre d'activité assez de possibilités permettant l'intégration des jeunes gens prêts à s'engager en dehors de l'armée.

Il y a eu dans ce débat d'entrée en matière certains arguments sincères et généreux. Il y a eu aussi certaines exagérations dans un sens ou dans l'autre. Je pense surtout à Mme Deneys qui, par une vue simpliste et excessive sur le prétendu état d'esprit de caste des chefs militaires, ne contribue pas à diminuer l'importance du fossé dont elle parle. On a évoqué aussi à plusieurs reprises, en parlant du très court espace temporel séparant la votation sur l'initiative et le contre-projet dit de Münchenstein et la nouvelle initiative de la preuve par l'acte, les deux projets de la TVA présentés par le Conseil fédéral dans un court laps de temps. Je vous rappellerai simplement que le résultat de cette hâte – on pourrait même ajouter que cela ne paie pas – c'est la position de la Suisse, unique pays d'après certains, à n'avoir pas résolu ce problème. Je rappellerai que notre armée de milice est aussi un modèle unique parmi les autres et qui peut justifier ce «retard», de même que notre statut de neutralité.

Les divers contre-projets présentés, en particulier celui de M. Zwygart comme celui de la commission d'ailleurs, n'ont pas reçu l'aval des initiants. Dès lors, en les soutenant nous créerions une situation confuse présentant au peuple un projet et un contre-projet. Je voudrais rappeler que les auteurs de l'initiative préfèrent une prise de position claire du peuple suisse avec une acceptation ou un refus de leur proposition.

Je répète donc le scénario qui me semble le plus logique:

1. Favoriser au maximum l'accès au service militaire non armé en raccourcissant la procédure;
2. Adopter la motion de la commission ou motion Segmüller visant à la décriminalisation de l'objection de conscience;
3. Adopter finalement la position du Conseil des Etats et du Conseil fédéral, de la moitié de la commission aussi, en refusant l'entrée en matière sur le contre-projet, et enfin recommander au peuple le rejet de l'initiative.

Par contre et j'aimerais le dire très fermement, encore une fois, notre gouvernement doit rechercher et trouver rapidement une solution satisfaisante pour les véritables objecteurs de conscience.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Pour suivre d'abord les conseils de M. Gloor, je m'efforcerai de parler sans hargne et sans mesquinerie et je ne considérerai pas comme de mauvais Suisses et comme des antimilitaristes ceux qui tiennent le parti de l'initiative et du service civil sous ses

différentes formes. Mais je me vois tout de même, du fond des âges, contraint de rappeler les obligations essentielles à l'égard de la communauté dans laquelle nous vivons et de laquelle nous vivons.

La substance de cette communauté – je l'admets avec Mme Deneys – n'est pas limitée à la défense du territoire. Elle est une réalité plus diverse et plus riche. Mais en contrepartie, cette communauté n'est pas seulement un confort social, un style de vie, un éventaire de bons sentiments. La solidarité dans la communauté, dans les valeurs qui la trempent, s'inscrit dans la réalité concrète d'un territoire que l'on doit être prêt à défendre si l'on tient à ces valeurs autrement que par des mots. Cela doit concerner sans privilège également et équitablement tous ceux qui appartiennent à cette communauté. Une communauté qui n'aurait plus la volonté de se défendre, qui ne se donnerait pas les moyens de sa défense renoncerait à terme à sa liberté et à son existence. C'est pourquoi tout en mettant au premier plan la recherche de la paix, le Souverain pontife reconnaissait, dans son message du 1^{er} janvier 1982, que c'était non seulement un droit mais un devoir pour un pays injustement attaqué de se défendre. Pour faire l'équilibre œcuménique, je rappellerai que le théologien suisse Karl Barth, homme de gauche, qui avant la Seconde Guerre mondiale avait éprouvé le caractère inhumain du régime totalitaire, affirmait le devoir de risquer sa vie et le devoir de tirer pour la défense de la liberté et de l'existence de son pays. Or, le totalitarisme n'est pas mort.

Les choses étant ce qu'elles sont et notre devoir ce qu'il est, notre premier souci doit être ici de rendre hommage aux 35 000 recrues, aux 400 000 hommes un peu oubliés dans ce débat qui font chaque année leur service militaire en dépit de l'inconfort, des sacrifices et d'exigences parfois rigoureuses. Ils le font à des degrés divers d'enthousiasme sans doute mais ils le font, je le constate sur place, avec bonne volonté et discipline et je vous assure que la plus grande partie de ces soldats sont clairement motivés. Ils font leur devoir envers la communauté. Et si l'on parle de conscience, j'accorde je vous l'avoue plus d'estime à la conscience de celui qui fait son devoir envers la communauté qu'à la conscience de celui qui s'y dérobe et qui refuse de servir, même dans le service sans armes que nous lui proposons. Il n'est d'ailleurs pas condamné pour sa conscience mais pour son refus d'un devoir élémentaire envers la communauté, au même titre qu'est puni celui qui se dérobe à l'impôt, par exemple. Je ne voudrais pas que par une complaisance trop grande envers les objecteurs de conscience, par une estime abusive portée à ceux-ci, l'on dévalue et l'on désavoue les sacrifices et les efforts de ceux qui font sans grand théâtre, simplement, leur devoir et qui ont, eux aussi, une conscience.

Cela étant dit, il est vrai que le statut accordé par notre pays aux objecteurs de conscience ne donne pas satisfaction, cela pour des motifs divers. M. Wyss évoquait tout à l'heure le problème des «facilités» que l'on rencontre quelquefois dans le recrutement à savoir des inégalités, des complaisances flagrantes, très inégalement réparties entre les cantons d'ailleurs, dans le domaine des dispenses sanitaires. C'est un problème en soi. On peut ensuite penser, conformément à la pratique de la plupart de nos voisins, que les mobiles clairement démontrés, soit la crise de conscience, peuvent justifier que le refus de servir ne soit pas criminalisé, ni soumis au régime de la prison proprement dite, mais sanctionné ou compensé d'une autre manière, en particulier par un service civil d'une durée plus longue que celle du service militaire. On peut, d'autre part, être insatisfait du système en constatant que les quelque quatre mois en moyenne d'arrêts répressifs subis dans des conditions très diverses suivant les cantons, se situant entre la demi-détention et la détention totale qu'accomplissent les objecteurs de conscience, arrêts qui, au surplus, leur donnent l'auréole de martyrs, ne sont pas une compensation suffisante aux douze mois pleins de service militaire, service actif non compris, qu'accomplissent ceux qui font leur devoir.

Nous ne devons d'ailleurs pas nous faire trop d'illusions. En

1982, la moitié seulement des condamnés pour objection par les tribunaux militaires se justifiaient de conflits de conscience moraux ou religieux. L'autre moitié était constituée soit par des réfractaires à toute contrainte de l'Etat, qui n'accepteraient pas plus le service civil que le service militaire, ou par un assez grand nombre, hélas, de pauvres garçons déboussolés, allergiques à toute collectivité en soi, psychiquement perturbés. Nous ne pourrions donc arriver à abolir totalement la sanction, mais nous devons trouver pour les objecteurs démontrant une réelle crise de conscience, un système compensatoire qui ne soit pas criminalisation et qui soit assez dissuasif.

Pourquoi ne l'avons-nous pas proposé jusqu'ici? Il y a six ans, le peuple suisse, on l'a rappelé, repoussait à une forte majorité et à l'unanimité des cantons, un projet d'article constitutionnel instituant le service civil, projet élaboré par le Parlement et par le Conseil fédéral, s'inspirant de l'initiative dite de Münchenstein. On a pu se demander pourquoi, à la suite de cet échec, le Conseil fédéral n'a pas remis sur le métier de nouvelles propositions. Les raisons en sont les suivantes: tout d'abord, la netteté du verdict déconseillait de repenser le problème et l'exemple de la TVA, que M. Carobbio et d'autres m'ont cité, est précisément là pour nous démontrer qu'il ne faut pas repartir trop vite dans une entreprise de révision constitutionnelle qui a échoué. Nous en avons tiré la leçon d'ailleurs. Ensuite, et surtout au moment même où l'on votait en 1977, était lancée l'initiative dont nous avons à traiter aujourd'hui, fondée sur la preuve par l'acte. Il ne nous paraissait dès lors pas opportun d'engager un contre-projet. Le Conseil fédéral se trouve en accord sur ce point avec le comité d'initiative. En l'occurrence, cette dernière initiative devrait être soumise telle quelle, sans contre-projet, à la décision du peuple et des cantons, pour éviter les votations équivoques que vous avez connues.

Nous avons cependant introduit entre-temps une procédure nouvelle, plus largement ouverte, en matière de service militaire non armé. Un certain nombre de soldats, quelques centaines chaque année, sont en effet prêts à accomplir tout leur service militaire à condition de le faire sans armes; c'est même pour certaines sectes religieuses, notamment, un principe fondamental. Ce service non armé, qui a été évoqué tout à l'heure par M. Graf, est compatible avec certaines missions de l'armée comme le service sanitaire et la protection aérienne. L'année dernière, 900 demandes ont été déposées, 362 refus ont fait l'objet d'un recours, au total la moitié des demandes ont été acceptées en première ou en deuxième instance. Je constate que pour cette année, les demandes sont moins nombreuses que l'année dernière. Cette procédure a été introduite par voie d'ordonnance, à titre d'expérience. Notre intention est, expérience faite dans une année ou deux, de lui donner, en la précisant, une valeur légale, permettant ainsi d'aller au-devant du débat de conscience de garçons qui ne refusent pas de participer aux devoirs de la défense mais qui ont scrupule à porter une arme.

Le Conseil fédéral, comme le Conseil des Etats et la moitié de votre commission ont deux raisons principales de vous proposer le rejet de l'initiative dite de la preuve par l'acte. Tout d'abord, le principe de la preuve par l'acte, malgré l'effet dissuasif, je l'admets, d'un service civil dépassant de la moitié la durée du service militaire, ne nous paraît fondamentalement pas acceptable parce qu'il implique un automatisme. Le texte stipule que: «celui qui refuse le service militaire en est libéré». En l'occurrence, il est libéré par lui-même, et non par une décision des organes de la communauté. Aucune instance n'intervient pour déterminer s'il y a vraiment débat de conscience; bien qu'il soit difficile, je le reconnais, de sonder à fond les consciences, on peut tout de même en faire une appréciation. C'est donc pratiquement un libre choix qui jette bas, d'un trait, l'obligation du service militaire qui est à la base de notre système de milice: l'engagement de tout un peuple pour sa défense.

Le principe de la preuve par l'acte peut d'ailleurs fort bien, pour des raisons qui n'ont rien à voir avec la conscience, soit par commodité, par confort même si ce service est plus

long, par fantaisie, conduire à refuser le service militaire. En effet, même plus long, le service civil s'avérera généralement plus élastique, plus confortable, moins rigoureux, moins exigeant que le service militaire.

Sans doute, Monsieur Braunschweig, les services civils que vous avez accomplis ont-ils été plus durs que votre service sanitaire à l'armée, je veux bien l'admettre, mais vous étiez, dans ce service civil, une élite de volontaires pleins d'ardeur et de foi. Le tout-venant des objecteurs ne sera pas nécessairement de la même qualité. Une évasion trop facile, trop commode vers le service civil ne détruirait pas l'armée sans doute, mais elle en ferait, que vous le vouliez ou non, une armée de volontaires, en attendant qu'elle devienne une armée de métier, l'armée d'une minorité, où le peuple ne se sentirait plus engagé dans la responsabilité de sa défense. La cohésion de notre pays dans sa volonté de défense serait ainsi gravement mise en cause.

Nous avons une deuxième raison de rejeter l'initiative, c'est la définition qu'elle donne du service civil et les buts qu'elle lui assigne. «Construire la paix, écarter les causes d'affrontements violents, établir des conditions dignes de l'homme et renforcer la solidarité internationale», cela exprime des sentiments infiniment louables et généreux que je partage, auxquels nous pouvons donner notre adhésion morale, mais nous ne voyons pas, au-delà de leur caractère déclamatoire, comment nous pourrions pratiquement, concrètement demander à l'organisation d'un service civil de traduire ces bons sentiments en réalisations efficaces.

Il me serait difficile de répondre brièvement ici aux questions fort intéressantes posées par M. Humbel à propos de l'organisation d'un service civil: problème des cadres, durée, genre de travail, formation qu'il conviendrait de donner, coût de l'opération. Il n'est pas possible d'en dire davantage que le président de votre commission ou que le Conseil fédéral d'il y a six ou sept ans. J'admets bien, avec M. Humbel, que le problème n'est pas simple, et je ne connais guère de pays, d'ailleurs, qui l'aient réglé avec la fermeté nécessaire, à part la France peut-être, jusqu'ici du moins. Il y a passablement, dans mon information et d'après mes contacts, de zones grises dans l'accomplissement du service civil, notamment en Autriche et en République fédérale d'Allemagne.

Votre commission, certains de ses membres, avec la collaboration d'un groupe de travail qui comprenait des gens d'Eglise, s'est évertuée à la rédaction de contre-projets qui puissent amener le retrait de l'initiative. A sa demande personnelle, j'ai autorisé M. Ernst, chef de l'Administration militaire, à participer aux travaux de ce groupe en tant qu'observateur, pouvant apporter une contribution d'information, sans engager en quoi que ce soit la responsabilité du Département militaire et du Conseil fédéral. Cela se fait, je crois, assez couramment lorsqu'une commission est en train de traiter un problème.

Lors des premiers débats au sein de la commission, j'avais trouvé intéressant le contre-projet suggéré par M. Ott, mais avais, en même temps, déclaré d'emblée qu'il ne me serait pas possible d'accepter un texte tel qu'il le proposait, fondé sur le principe de la preuve par l'acte, c'est-à-dire du libre choix. Or, les contre-projets divers qui vous sont soumis, en particulier celui qui fut, dans des conditions de procédure contestées, voté par la majorité pour le moins précaire de votre commission, se réfèrent tous à la preuve par l'acte. D'autre part, le texte élaboré par votre commission est rejeté par le comité de l'initiative qui maintient cette dernière et souhaite qu'elle soit soumise en votation, sans contre-projet.

Dans ces conditions et vu les arguments que je viens de développer, je vous demande d'entrer en matière et de rejeter la proposition de renvoi à la commission, d'écarter les contre-projets et les amendements proposés, et de vous rallier, comme le suggèrent Mme Segmüller et MM. Geissbühler, Weber et Jeanneret, à la décision du Conseil des Etats conforme aux conclusions du Conseil fédéral, c'est-à-dire recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative dite de la preuve par l'acte.

En revanche, constatant que le système actuel ne donne pas satisfaction pour les raisons que j'ai dites, le Conseil fédéral accepte la motion déposée par Mme Segmüller et retenue par votre commission. Le Conseil fédéral est d'accord d'étudier une modification des dispositions du code pénal militaire, permettant de ne pas assimiler les objecteurs de conscience éprouvés aux criminels de droit de commun et de trouver un système permettant d'exiger un service qui soit la juste compensation du service militaire qu'accomplissent tous ceux qui remplissent leurs devoirs envers la communauté du pays.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Crevoisier (Rückweisung) 16 Stimmen
Dagegen 138 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel, Ingress und Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre, préambule et art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Gleichzeitig wird Volk und Ständen der Gegenvorschlag der Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet. Dieser lautet:

Art. 18bis (neu)

¹ Wer erklärt, die militärische Erfüllung der Wehrpflicht mit seinem Gewissen nicht vereinbaren zu können und zum Beweis dessen bereit ist, Zivildienst zu leisten, wird vom Militärdienst befreit. Der Zivildienst dauert doppelt so lange wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste. Er hat dem Militärdienst gleichwertige Anforderungen zu stellen.

² Der Zivildienst umfasst Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtverteidigung. Er vollzieht sich unter der Aufsicht des Bundes.

³ Das weitere regelt die Bundesgesetzgebung.

Minderheit

(Ott, Braunschweig, Gerwig, Pitteloud, Ruffy)

Art. 18bis Abs. 2

...im Rahmen der verfassungsmässigen Bundeszwecke. Er vollzieht...

Für den Rest des Artikels: Zustimmung zum Antrag der Mehrheit

Minderheit

(Günter, Wilhelm)

Gleichzeitig wird Volk und Ständen der Gegenvorschlag der Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet. Dieser lautet:

Art. 18bis (neu)

¹ Wer den Militärdienst verweigert, wird von der Wehrpflicht befreit, wenn er Zivildienst leistet. Der Zivildienst dauert anderthalbmal so lange wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste.

² Die Ausführung dieses Artikels ist Sache der Bundesgesetzgebung.

Antrag Geissbühler/Jeanerret/Segmüller/Weber-Schwyz
Nichteintreten auf Gegenvorschlag

Antrag Keller

Art. 18bis Abs. 2

Der Zivildienst umfasst Tätigkeiten im Rahmen der Aufgaben des Bundes und der Kantone, einschliesslich der Gesamtverteidigung.

Antrag Zwygart

Art. 18bis

1. Wer erklärt, die militärische Erfüllung der Wehrpflicht mit seinem Gewissen nicht vereinbaren zu können und zum Beweis dessen bereit ist, Zivildienst zu leisten, wird vom Militärdienst befreit.

Der Zivildienst dauert länger, maximal doppelt so lange wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste. Er hat dem Militärdienst gleichwertige Anforderungen zu stellen.

2. Der Zivildienst umfasst Tätigkeiten im Rahmen der allgemeinen Bundeszwecke. Er vollzieht sich unter der Aufsicht des Bundes in Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen und Institutionen.

3. Das weitere regelt die Bundesgesetzgebung.

Übergangsbestimmungen

Art. 17

Für die ersten zehn Jahre nach Einrichtung des Zivildienstes gilt:

Der Zivildienst dauert doppelt so lange wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste.

Art. 1a

Proposition de la commission

Majorité

Le contre-projet de l'Assemblée fédérale est soumis simultanément au vote du peuple et des cantons. Il a la teneur suivante:

Art. 18bis (nouveau)

¹ Celui qui ne peut concilier les obligations militaires avec les exigences de sa conscience et qui, pour le prouver, est prêt à accomplir un service civil, est libéré du service militaire. Le service civil a une durée double de celle de la totalité du service militaire refusé. Il doit exiger un effort personnel équivalent à celui que requiert le service militaire.

² Le service civil comprend des activités en rapport avec la défense. Il s'accomplit sous la surveillance de la Confédération.

³ La législation fédérale règle les dispositions d'application.

Minorité

(Ott, Braunschweig, Gerwig, Pitteloud, Ruffy)

Art. 18bis al. 2

... en rapport avec les buts constitutionnels de la Confédération; il s'accomplit sous la surveillance de celle-ci.

Pour le reste de l'article: Adhérer à la proposition de la majorité

Minorité

(Günter, Wilhelm)

Le contre-projet de l'Assemblée fédérale est soumis simultanément au vote du peuple et des cantons. Il a la teneur suivante:

Art. 18bis (nouveau)

¹ Celui qui refuse le service militaire en est libéré s'il accomplit un service civil. La durée du service civil est d'une fois et demie celle de la totalité du service militaire refusé.

² La loi règle les modalités d'application.

Proposition Geissbühler/Jeanneret/Segmüller/Weber-Schwyz**Art. 1a**

Ne pas entrer en matière sur le contre-projet

Proposition Keller**Art. 18^{bis} al.2**

Le service civil comprend des activités en rapport avec les tâches de la Confédération et des cantons, y compris les tâches de la défense.

Proposition Zwygart**Art. 18^{bis}**

1. Celui qui ne peut concilier les obligations militaires avec les exigences de sa conscience et qui, pour le prouver, est prêt à accomplir un service civil, est libéré du service militaire.

Le service civil a une durée plus longue que la totalité du service militaire refusé; sa durée est au maximum double. Il doit exiger un effort personnel équivalant à celui que requiert le service militaire.

2. Le service civil comprend des activités en rapport avec les buts généraux de la Confédération. Il s'accomplit, sous la surveillance de celle-ci, en collaboration avec des organisations et institutions existantes.

3. La loi fédérale règle les dispositions d'application.

Dispositions transitoires**Art. 17**

Applicable pendant les dix années qui suivront la création du service civil: Le service civil a une durée double de celle de la totalité du service militaire refusé.

Präsident: Es liegen verschiedene Nichteintretensanträge vor. Herr Weber-Schwyz hat das Wort zur Begründung.

Weber-Schwyz: Gestatten Sie mir, dass ich mich einleitend in Form einer persönlichen Erklärung kurz zu den Formalitäten des Kommissionsaufgebotes äussere. Ich halte fest, dass die Kommission gegen die Bestimmungen unseres Ratsreglements aufgebotes wurde. Ich stelle im weiteren fest, dass in der Augusitzung acht Mitglieder zu ersetzen waren: fünf Mitglieder waren dann tatsächlich ersetzt; drei Mitglieder waren «abwesend», weil kein Ersatz gefunden werden konnte. Da nützen auch die wortreichen Begründungen des Präsidenten nichts. Diese Tatsache kann nicht entkräftet werden.

Wir haben einen Antrag auf Rückweisung des Gegenvorschlags der Kommission gestellt. Sie wissen und haben gehört, dass die Beratungen in der Kommission – im August vor allem – unter sonderbaren Umständen und vor allem unter Zeitdruck abgewickelt werden mussten. Wir hatten in der Kommission eine Auswahlendung von Gegenvorschlägen. Selbst die Anhänger eines Gegenvorschlags hatten verschiedene Meinungen. Das waren die Umstände der Kommissionsberatung.

Klarheit verschafft hat endgültig die Erklärung des Initiativkomitees zur Zivildienstinitiative, ungefähr eine Woche nach Abschluss unserer Beratungen. Hier wurden die Rahmenbedingungen für einen Rückzug des Volksbegehrens klar formuliert. Aus der Sicht dieser Initianten ist es unerträglich, wenn man eine Einschränkung bei den Dienstverweigerern aus Gewissensgründen vornimmt. Also: Die Differenzierung ethische und religiöse Dienstverweigerer ist nicht erwünscht. Man will, dass auch ein politischer Dienstverweigerer die Rechtswohltat des Gesetzes erfahren soll. Zum zweiten ist es für diese Leute scheinbar nicht tragbar, dass ein Zivildienst im Rahmen der Gesamtverteidigung absolviert werden müsste. Unter diesen Umständen haben wir zu den Gegenvorschlägen Stellung zu nehmen, es ist undenkbar, dass selbst eine gutgemeinte, schweizerische Lösung zum Durchbruch käme. Wie es heute aussieht, würde ein solcher Gegenvorschlag im Widerspruch zu den Empfindungen unseres Schweizervolkes stehen. Auch aus abstimmungspolitischen Gründen, meine ich, ist es klug und richtig, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

mungspolitischen Gründen, meine ich, ist es klug und richtig, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

M. Jeanneret: Je voudrais dire un mot afin que ce soit aussi clair en français. Tout d'abord, ce que M. Weber-Schwyz vient de déclarer, je peux le confirmer pour les représentants de langue française siégeant au sein de la commission, qui partagent cet avis, de même je peux le dire au nom des auteurs des quatre propositions, celles du PDC, de l'UDC, des radicaux et des libéraux, à savoir qu'il y a eu une tentative, en commission, d'introduire la défense générale comme but. C'est sur ce point qu'est intervenue la votation à laquelle M. Weber fait allusion (8 voix contre 8). Interpellés, les représentants de la gauche au sein de la commission ont alors déclaré qu'ils ne pouvaient pas se rallier à la notion de défense générale. Dès ce moment, la tentative de compromis n'avait plus de valeur et nous vous engageons maintenant à suivre nos propositions, à rejeter l'initiative, à ne pas voter les contre-projets et à suivre le Conseil fédéral et le Conseil des Etats.

Leuenberger: Mit dem Nichteintretensantrag will man die Gegenvorschläge überhaupt nicht diskutieren. Es wurde ja im Laufe dieser langen Debatte mehrmals offen gesagt: «Die Initiative hat nicht die geringsten Chancen.» Wir wissen auch, wie das Abstimmungsergebnis im Rat herauskommt. Es steht bereits fest, dass wir wieder einmal nicht in der Lage sind, einen Zivildienst zu regeln. Das Debakel ist schon vorprogrammiert. Hierzu möchte ich eine ganz persönliche Bemerkung anbringen, so wie Herr Weber vorhin auch. Als 15-Jähriger, also blutjung und begeistert für das Militär, habe ich die Überzeugung gehabt, dass es unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit den Dienstverweigerern ermöglichen müsse, einen Zivildienst zu leisten. Ich habe mich schon in diesem zarten Alter dafür eingesetzt, und als ich jetzt die Unterlagen durchsah, bemerkte ich, dass ich damals meinen ersten grösseren politischen Artikel in den damaligen «Basler Nachrichten» geschrieben habe. Ich glaubte damals, es müsste in unserem Lande doch möglich sein, eine politische Lösung für dieses Problem zu finden, und ich habe an diese politische Machbarkeit geglaubt. Ich habe mich stets dafür eingesetzt; ich bin deswegen in eine politische Partei eingetreten, ich habe mich so engagiert, dass ich im Nationalrat gelandet bin. Jetzt, wo ich hier an der Quelle bin, muss ich feststellen: nein, eine politische Lösung ist gar nicht möglich, die wird offenbar von der Mehrheit dieses Rates gar nicht gesucht. Gesucht wird vielmehr mit Fleiss ein Scherbenhaufen.

Sehen Sie, es geht nicht nur um die Frage des Zivildienstes und der Militärdienstverweigerer. Es geht um die Frage von Minderheiten in unserer Gesellschaft überhaupt und um diejenigen, die sich für Minderheiten bei uns einsetzen. Wenn sie so behandelt werden, dass diese Gegenvorschläge, die ich sehr verdanke, nicht einmal diskutiert werden sollen, dann werden diese Menschen verlacht und recht eigentlich aus unserer Demokratie verjagt. Sie werden zur Resignation getrieben, dazu, dass sie sich in diesem Staat politisch nicht mehr engagieren und nicht mehr mitmachen. Bedenken Sie, was Sie mit dieser Haltung langfristig für einen Schaden anrichten.

Günter: Namens der Landesring- und der EVP-Fraktion bekämpfe ich den Antrag, auf die Gegenvorschläge nicht einzutreten. Soweit sind wir also schon gekommen, dass die Gegner einer vernünftigen Zivildienstlösung nicht einmal mehr über mögliche Lösungen sprechen wollen. Man versucht mit allen Mitteln eine differenzierte Diskussion die sich jetzt angebahnt hat, in diesem Saale zu verhindern. Erstmals seit 80 Jahren hätten wir eine tragfähige Lösung, wo alle Beteiligten mitmachen, in Sicht. Und nun kommt man mit der groben Axt und will das junge Gehölz, das wachsen will, möglichst schon am Boden vernichten. Ich möchte Sie aber auf einen Aspekt hinweisen, der Ihnen bei dieser Radikalkur vielleicht entgangen ist: Nach den letzten Umfragen glaubt nämlich eine recht starke Mehrheit in

unserem Volk, dass das Zivildienstproblem irgendwie gelöst werden sollte. Wenn wir jetzt die Diskussion hier abwürgen, so wird der Bürger denken, wir seien stur und unbeweglich, und meiner Ansicht nach hat er auch recht, wenn er das denkt. Der Bürger wird sehen, dass die Initianten zu sehr grossen und schmerzlichen Konzessionen bereit waren und dass wir nicht einmal bereit waren, hier darüber zu diskutieren. Ich werde Ihnen prophezeien, was die Folge sein wird: Es wird im Volk einen grossen Sympathiezuwachs für die Initiative geben, von Leuten, die sonst der Initiative nicht zugestimmt hätten. Insbesondere werden sich die kirchlichen Kreise jetzt in einem viel grösseren Ausmass hinter die Initiative stellen, als sie sonst hinter der Initiative gestanden wären. Leute aus der politischen Mitte, denen die Absätze 2 und 3 in der Initiative mit den unklaren Vorstellungen, wie der Frieden erhalten werden könne, bisher nicht gefallen haben, werden jetzt gezwungen sein, sich hinter die Initiative zu stellen – weil wir hier nicht einmal bereit sind, über Gegenvorschläge zu diskutieren. Ich muss Sie doch dringend bitten, auf die Diskussion einzutreten und wenigstens die Gegenvorschläge zu diskutieren und nicht einfach, radikal aus irgendwelchen demagogischen Gründen, abzuwürgen, weil man so mit der Polarisierung viel einfacher politisieren und polemisieren kann vor den Wahlen.

Präsident: Der Kommissionspräsident und Bundesrat Chevallaz verzichten auf ihre Voten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	79 Stimmen
Für den Antrag Geissbühler/Jeanerret/ Segmüller/Weber-Schwyz	85 Stimmen

Präsident: Herr Widmer verlangt das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

Widmer: Sie werden mir vermutlich glauben, dass ich als Oberst und als Schweizer, der – zusammengezählt – viele Jahre Militärdienst geleistet hat, nicht verdächtigt werden kann, weil ich einen Zivildienst, wie er jetzt diskutiert wird, als politisch realisierbar betrachte. Es ist für mich unverständlich, dass es dieses Parlament ablehnt, überhaupt eine Diskussion über ein Problem zu führen, das in der Schweiz früher oder später gelöst werden muss. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie auf diese Weise die Schwierigkeiten, mit denen unser Land heute kämpft, nicht bewältigen können. (Beifall)

M. Bonnard: Je ne veux pas laisser sans réponse la déclaration du colonel Widmer. J'ai le sentiment que vous avez donné au vote qui vient d'intervenir une portée qu'il n'a pas. Les rapporteurs et le porte-parole du Conseil fédéral se sont exprimés d'une façon tout à fait claire: ce que nous ne voulons pas, Monsieur Widmer, c'est le libre choix. Quant au problème du service civil et des solutions à apporter au système actuel, nous n'y sommes pas fermés. (Applaudissements)

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Minderheit

(Günter, Wilhelm)

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Minderheit

(Braunschweig, Baechtold, Gerwig, Gloor, Ott)

Eventualantrag für den Fall, dass die Minderheitsanträge Ott und Günter abgelehnt werden

Volk und Ständen wird die Annahme der Volksinitiative beantragt.

Antrag Geissbühler/Jeanerret/Segmüller/Weber-Schwyz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire et d'accepter le contre-projet.

Minorité

(Günter, Wilhelm)

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire et d'accepter le contre-projet.

Minorité

(Braunschweig, Baechtold, Gerwig, Gloor, Ott)

Proposition éventuelle, au cas où les propositions de minorité (Ott et Günter) seraient rejetées

Le peuple et les cantons sont invités à accepter l'initiative.

Proposition Geissbühler/Jeanerret/Segmüller/ Weber-Schwyz

Adhésion à la décision du Conseil des Etats

Präsident: Hier haben wir den Antrag der Minderheit, Volk und Ständen sei die Annahme der Volksinitiative zu beantragen, während der Bundesrat – und mangels eines Gegenvorschlages offenbar auch die Kommission – beantragt, Volk und Ständen die Verwerfung der Volksinitiative zu empfehlen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Bundesrates	104 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Braunschweig)	50 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	98 Stimmen
Dagegen	44 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Motion der Kommission

Militärstrafgesetz. Dienstverweigerer

Der Bundesrat wird ersucht, Bericht und Antrag zu stellen zu einer Revision des Militärstrafgesetzes im Rahmen der geltenden Verfassungsgrundlage, die darauf ausgerichtet ist, echte Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen im Strafmass und Vollzug nicht mehr Straffälligen gleichzustellen.

Motion de la commission

Code pénal militaire. Objecteurs de conscience

Le Conseil fédéral est prié de soumettre aux Chambres fédérales un rapport assorti de propositions tendant à modifier le code pénal militaire, dans les limites des normes constitutionnelles actuelles, de telle sorte que les objecteurs de conscience authentiques ne soient plus assimilés aux criminels de droit commun quant aux peines encourues et à l'exécution de celles-ci.

Merz, Berichterstatter: Dieser Vorstoss ist Ihnen bereits durch die Urheberin, Frau Segmüller, vorgestellt worden. Sie hat ehrlicherweise bei dieser Gelegenheit auch erwähnt,

dass es sich nur um einen kleinen Schritt handelt. Ich habe dem nichts beizufügen, zumal sich ja niemand gegen diese Motion gewandt hat. Wesentlich erscheint mir jedoch, und deshalb spreche ich, dass mit diesem Vorstoss die Differenz zwischen Dienstverweigerern, welche religiöse und ethische Gründe geltend machen und sie auch überzeugend darlegen können, und den Dienstverweigerern, die sich entweder auf politische Gründe berufen oder sich hinsichtlich ihres Gewissens ganz einfach nicht mitteilen können, noch grösser wird. Herr Ott irrt sich übrigens, wenn er annimmt, dass von der Motion schlechthin alle Dienstverweigerer profitieren würden. Das lässt sich aufgrund des Protokolls der Kommissionssitzung unschwer nachweisen.

Im weiteren hoffe ich als Kommissionspräsident, dass diese Motion nun recht rasch und zielstrebig bearbeitet wird, wie das ja auch die Meinung der meisten Sprecher hier war. Ich sage dies deshalb bewusst, weil man aufgrund des bisherigen Ganges der Dinge nicht unbedingt davon überzeugt ist, dass das EMD tatsächlich an einer raschen Gangart interessiert wäre. Wenn ich das so sage, dann möchte ich das beweisen, und zwar mit einem Ausschnitt aus dem Votum von Herrn Bundesrat (damals Bundespräsident) Gnägi vom 4. Oktober 1976. Er sagte: «Wie wäre aber die Lösung, wenn ein Zivildienst eingeführt würde? Sollten die von der Münchensteiner Initiative geforderten Änderungen vom Volk verworfen werden, d. h. wird vorerst kein Ersatzdienst geschaffen, wird die Frage der künftigen Unterstellung unter ein Gericht neu zu überprüfen sein. Es wird dabei entschieden werden müssen, ob die Dienstverweigerer in Zukunft bürgerlichen Gerichten zugewiesen werden sollen.» Es sind seither sechs Jahre verstrichen, und es hat sich in dieser Richtung noch überhaupt nichts getan. Deshalb meine Hoffnung, dass hier künftig anders vorgegangen wird.

Nachdem nun aber der Nackte bekanntlich bereits froh ist über ein Feigenblatt und nachdem der Einäugige unter Blinden König ist, beantrage ich Ihnen selbstverständlich namens der einstimmigen Kommission Überweisung dieser Motion.

Mme Aubry: Je me suis prononcée contre l'initiative «pour un authentique service civil fondé sur la preuve par l'acte» parce qu'il me semble qu'on s'ingénie à parler d'un problème mineur, voire à en créer un.

Les objecteurs de conscience sont tout de même dans notre pays une exception. Chaque année, 30 000 jeunes hommes accomplissent leur école de recrues, peut-être bon gré mal gré, et tout à côté, 400 000 hommes font leur cours de répétition, donc leur devoir. Quand on voit le nombre de personnes qui assistent aux journées de portes ouvertes et aux défilés militaires, on doit reconnaître que le peuple participe à l'armée et cela me paraît essentiel.

La vie militaire n'est pas aisée; je suis à même de l'observer. Elle comporte des exigences, un entraînement physique, le maniement des armes, elle implique une discipline, un manque de sommeil mais elle apporte d'autre part la camaraderie et très souvent un lien social. C'est le prix qu'un homme paie en Suisse pour vivre dans un Etat où sécurité et liberté ont encore un sens. Or celui qui veut profiter des avantages que lui offre la Suisse ne peut se soustraire à ses devoirs et à ses responsabilités. Il a le devoir de contribuer au maintien de cette sécurité.

De nombreuses lettres de femmes et de mères me sont parvenues. Toutes comportaient une phrase similaire à celle-ci: «Je ne veux pas que mon fils, que mon mari fasse du service militaire pour tuer.» On a, hélas! mis dans la tête de nombreuses personnes, qu'en Suisse, faire du service militaire était synonyme d'apprendre à tuer son prochain. On oublie de dire qu'on s'engage dans l'armée pour apprendre à défendre sa famille, à protéger son pays et par là empêcher son invasion éventuelle par la dissuasion. Je crois que tout a été dit à ce sujet par les adversaires de l'initiative. Il y a toujours eu et il y aura toujours de vrais objecteurs, qui, pour des raisons morales et religieuses, se refusent à manier et à porter une arme. Je les comprends et je les respecte comme je respecte leur éthique et leur sincérité. Il existe

d'ailleurs pour ces objecteurs un service sanitaire non armé où ils ont la possibilité d'utiliser leurs connaissances et leurs capacités. Il existe donc pour eux un choix, bien qu'il soit limité.

Les objecteurs qui refusent de s'engager dans l'armée bénéficient d'un régime carcéral qui, trop souvent, ressemble à des vacances dans une pension de famille. Seules les rentrées le soir sont strictement réglementées. Ils en sortent en héros qu'on présente à de jeunes camarades éblouis. C'est là une situation anormale. Je pense que la motion de la commission obligera le Conseil fédéral à prendre des mesures plus sévères à leur égard tout en décriminalisant leur situation. Il n'y aura donc plus d'un côté les bons serviteurs de la patrie et, de l'autre, des hommes qu'on traite en criminels. Les premiers garderont l'estime de la majorité silencieuse de ce pays et les autres devront payer, j'ose l'espérer et cela dans tous les cantons, un prix plus élevé qu'aujourd'hui pour leur refus de servir leur pays.

Je vous engage vivement à accepter, comme je le ferai moi-même, la motion de la commission, qui me semble correspondre à l'état d'esprit actuel de notre peuple. C'est une nécessité.

M. Martin, rapporteur: Je vous invite également, au nom de la commission unanime, à approuver la motion de Mme Segmüller, dite motion de la commission.

Cette motion vise à décriminaliser l'objection de conscience et surtout à séparer, lors de l'exécution de leur peine, les objecteurs de conscience des prisonniers de droit commun. Je demande au Conseil fédéral de prendre très rapidement des mesures à cet effet et de mettre sur pied une procédure permettant l'application de cette mesure dans le plus bref délai.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral accepte cette motion. Il la mettra en chantier sans délai.

Überwiesen – Transmis

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

83.017

Militärische Bauten und Landerwerb Ouvrages militaires et acquisitions de terrain

Botschaft und Beschlussentwurf vom 23. Februar 1983 (BBI II, 38)

Message et projet d'arrêté du 23 février 1983 (FF II, 37)

Beschluss des Ständerates vom 21. Juni 1983

Décision du Conseil des Etats du 21 juin 1983

Wellauer, Berichterstatter: Mit der diesjährigen Baubotschaft beantragt der Bundesrat für militärische Bauten und Einrichtungen, Landerwerbe, Zusatzkredite sowie für Bauten für die Rüstungsbetriebe einen Totalbetrag von 455,74 Millionen Franken. Dieser Verpflichtungskredit übertrifft die entsprechenden Vorlagen der letzten Jahre beachtlich. Die Kredite sind nicht zuletzt Ausdruck der Folgebedürfnisse der Rüstungsbeschaffungen der letzten Jahre. Dies gilt nicht nur für Bauten für die Logistik, wie zum Beispiel unterirdische Munitionsanlagen, die Anpassung der Kampf- und Führungsbauten an moderne Waffensysteme, sondern insbesondere auch den Bau von neuen und den Ausbau bestehender Waffenplätze.

Mehr als ein Drittel der Verpflichtungskredite sind für die Errichtung oder die Sanierung von Ausbildungsbauten vorgesehen. Ein deutliches Schwergewicht liegt dabei auf dem Projekt Rothenthurm. Nicht primär der Umfang des Kredites

Zivildienst. Volksinitiative

Service civil. Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.058
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.09.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1235-1253
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 772

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.